

Der Grundstein.

Wochenblatt für die deutschen Maurer und diesen verwandte Berufsgeossen.
 Offizielles Publikationsorgan der Maurer Deutschlands.

Herausgeber und verantwortlicher Redakteur: Johann Stangit in Hamburg.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. — Der Abonnementspreis beträgt pro Quartal M. 1.— ohne Bestellgeld, bei Zusendung unter Kreuzband M. 1.40. Anzeigen kosten die dreispaltige Reizeile oder deren Raum 15 G. — Postkatalog Nr. 2509.

Redaktion und Expedition: Hamburg, Große Theaterstraße Nr. 44, erste Etage.

Inhalt: Der Gemeingeist der arbeitenden Klassen. — Wirtschaftlich-soziale Rundschau. Jährliche Geschichtslehren. Die Revision des Krankentaggelgesetzes. — Gewerkschaftliche Angelegenheiten. Ueber die Verminderung und Beilegung von Arbeitszeinstellungen in England. Woffen zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages der Baugewerksmeister. — Gerichts-Chronik. — Situationsberichte. — Eingefandt. — Briefkasten.

Einladung zum Abonnement.

Mit dem 1. Oktober beginnt wieder ein neues Abonnements-Quartal auf den „Grundstein“, das offizielle, vom diesjährigen Gewerkschaftskongress anerkannte Organ der Maurer Deutschlands. Wir können mit Genugthuung konstatieren, daß auch das zu Ende gehende Quartal uns abermals einen erheblichen Zuwachs an Abonnenten gebracht hat, deren Gesamtzahl sich auf 7500 beläuft, welche über das ganze deutsche Reich vertheilt sind. Allen denjenigen werthen Kollegen, welche zu dieser erfreulichen Verbreitung unseres Blattes entsprechend den Kongressbeschlüssen beigetragen haben, sowie auch all unseren werthen Korrespondenten und sonstigen Mitarbeitern, die uns in den Stand gesetzt haben, das Blatt so reichhaltig auszustatten, sagen wir hiermit unseren besten Dank.

Damit verbinden wir das an alle diese Freunde und alle unsere werthen Leser gerichtete Ersuchen, mit Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die Zahl unserer Abonnenten im bevorstehenden neuen Quartal abermals eine erhebliche Vermehrung erfährt.

Soll unser Blatt seinen wichtigen und schwierigen Aufgaben voll und ganz genügen, so ist erforderlich, daß sein Abonnenten- und Leserkreis sich beständig erweitert in demselben Maße, wie unsere gewerkschaftliche Bewegung selbst sich ausbreitet und erster und bedeutungsvoller wird. Diese Bewegung soll getragen sein von einem gesunden Geist, von der wirtschaftlich-sozialen Erkenntnis, welche zu verbreiten und zu vermehren eine der hauptsächlichsten Aufgaben unseres Blattes ist. Im Uebrigen soll dasselbe der Pflicht genügen, die gewerkschaftliche Organisation nach Kräften zu fördern und nach allen Seiten hin zu verteidigen, in der Lohnbewegung ein treuer und zuverlässiger Führer und Berater zu sein, für die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, ihre Erhaltung, gesetzliche Sicherstellung und richtige Anwendung unablässig mit größter Entschiedenheit einzutreten, überhaupt die wirtschaftlich-sozialen, bezw. die materiellen und geistigen Interessen der Berufsgeossen wie der gesamten Arbeiterschaft gewissenhaft und energisch zu wahren und zu fördern. Nach wie vor werden wir, unter Mitwirkung tüchtiger Kräfte bemüht sein, diese Aufgaben zu erfüllen:

1. durch gebiegene Original-Beitartikel und sonstige Abhandlungen;
2. durch eine aufmerksam bearbeitete wirtschaftlich-soziale Rundschau;
3. durch parlamentarische Korrespondenzen über alle unsere fachgewerblichen Interessen, die Arbeiterorganisation, die gewerkschaftliche Bewegung im Besonderen und die Arbeiterbewegung im Allgemeinen betreffende Verhandlungen und Beschlüsse des deutschen Reichstages und sonstiger gesetzgebender Körperchaften;

4. durch regelmäßige Mittheilung und Erörterung aller wichtigen Vorkommnisse auf dem Gebiete der Kranken- und Unfallversicherung, insbesondere der Bescheide des Reichsversicherungsamts;
5. durch Beobachtung und Zurückweisung der Innungsbestrebungen, besonders derjenigen, welche gegen die berechtigten Interessen der Arbeiter sich richten;
6. durch Mittheilung und eingehende Besprechung aller speziell gewerkschaftlichen Angelegenheiten;
7. durch Situationsberichte, welche, aus allen Theilen Deutschlands uns zugehend, in jeder Nummer unseres Blattes veröffentlicht werden und die Leser in den Stand setzen, sich über Gang und Stand unserer gewerkschaftlichen Bewegung genau zu unterrichten;
8. durch Mittheilungen und Kritiken unter der Rubrik „Gerichts-Chronik“ über alle die Arbeiterkoalition, die gewerkschaftliche Bewegung, den Arbeitsvertrag, Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern u. v. m. betreffenden wichtigen und interessanten Prozesse und gerichtlichen Urtheile;
9. durch Aufnahme von Einsendungen aus dem Kreise unserer Leser über die verschiedensten Fragen und Vorkommnisse;
10. durch Veröffentlichung von Mittheilungen, Aufrufen u. v. m. seitens der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, für welche laut Kongressbeschluss unser Blatt das einzige offizielle Publikationsorgan ist.

Kollegen! Der Winter steht vor der Thüre; die so viel Zeit und Opfer in Anspruch nehmenden Streits gehen ihrem Ende entgegen; es kommt nun die Zeit, wo Ihr die Ruhe gewinnt, Euch mehr als während der Sommermonate geistig zu beschäftigen. Zu dieser nothwendigen Beschäftigung soll Euch der „Grundstein“ das Material bieten und die Anleitung geben, besonders in Rücksicht auf die Verallgemeinerung und Stärkung der gewerkschaftlichen Organisation. Wir dürfen deshalb von jedem Kollegen, der es ehrlich meint mit unseren Bestrebungen und der Arbeiterbewegung überhaupt, verlangen, daß er Abonnent und Leser des „Grundstein“ ist und sich bemüht, dieses Blatt weiter zu verbreiten, mit seiner Hilfe gleichgültige Berufsgeossen zu treuen Mitkämpfern zu machen.

Wir glauben, noch besonders darauf aufmerksam machen zu sollen, daß wir im nächsten Quartal zu berichten haben werden über äußerst wichtige Verhandlungen und Beschlüsse des Reichstages, betreffend das so hart bedrängte und bedrohte Koalitionsrecht der Arbeiter, die nicht minder hart bedrohten freien Hilfskassen, die Innungsprivilegien u. v. m. Ueber alle diese Dinge muß jeder Kollege unterrichtet sein, wenn er seine Schuldigkeit für die gemeinsame gute Sache thun will.

Also, Kollegen! Auf zur Verbreitung des „Grundstein“!

Mit kollegialischem Gruß

Die Redaktion und Expedition des „Grundstein“.

NB. Wir bitten, die Bestellungen für das neue Quartal umgehend aufzugeben. Die Bezugsbedingungen sind folgende: 1 Exemplar per Kreuzband M. 1.40; für 2 Exemplare M. 2.40; für 3 bis inkl. 9 Exemplare pro Exemplar M. 1,

für 10 bis inkl. 29 pro Exemplar M. —.90; für 30 bis inkl. 49 pro Exemplar M. —.80; über 49 Exemplare M. —.70 pro Exemplar und Quartal; Zusendung von 3 Exemplaren an portofrei. Durch die Post bezogen kostet das Exemplar pro Quartal M. 1.— inklusive Bestellgeld.

Der Abonnementsbetrag ist bei Bezug von weniger als 5 Exemplaren bis zum Empfang der vierten Nummer jedes Quartals zu entrichten, widrigenfalls die weitere Zusendung des Blattes eingestellt wird. Im Uebrigen muß der Betrag spätestens bis Quartalschluß an die oben bezeichnete Adresse eingefandt werden. Bei Nichtbefolgung dieser Bezugsbedingungen haben die Verbreiter sich die ihnen erwachsenden Unannehmlichkeiten selbst zuzuschreiben.

An die Maurer Deutschlands!

Unter Hinweis auf die das offizielle Gewerkschaftsorgan „Der Grundstein“ betreffenden Beschlüsse unseres diesjährigen Kongresses fordern wir die Kollegen allerorts hiermit auf, sich die größtmögliche Verbreitung dieses Blattes angelegen sein zu lassen. Es hat kein anderes Blatt als der „Grundstein“ Anspruch darauf, als offizielles Organ der Maurer Deutschlands empfohlen und verbreitet zu werden. Der große Werth dieses Blattes für die gewerkschaftliche Bewegung ist offenbar. Es kommt aber auch in Betracht, daß laut Kongressbeschluss demselben keine Zuschüsse aus unserem Generalfonds geleistet werden sollen; das Blatt ist auf seine eigenen Einnahmen angewiesen mit der Maßgabe, daß die etwaigen Ueberschüsse im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung verwendet werden. Es ist also schon allein in dieser Rücksicht Pflicht eines jeden ehrlichen Kollegen, nach Kräften für die Verbreitung des „Grundstein“ einzutreten.

Mit kollegialischem Gruß

Die Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands.

J. A. A. Dammann.

Hamburg, Ende September 1889.

Der Gemeingeist der arbeitenden Klassen.

Es ist ein Wunder geschehen! Ein hervorragendes Organ der kapitalistischen Presse Deutschlands, die „Weser-Zeitung“, hat einmal eine Ausnahme gemacht von der diese Presse beherrschenden Regel, in wüster und sinnloser Weise auf die Arbeiterbewegung zu schimpfen; sie entwickelt folgende vernünftige Gedanken:

„In den Arbeiterklassen, die mit Bewußtsein nach einer Verbesserung ihrer Lage streben, ist ein merkwürdiger Gemeingeist, vor dem der Egoismus des Individuums in den Hintergrund tritt, mächtig geworden. Wir glauben, daß in diesem Gemeingeiste, dem von vielen Tausenden manchmal die schwersten Opfer gebracht werden, der Keim großer Dinge verborgen liegt. Gewiß ist es auch sonst vorgekommen, daß um einer gemeinsamen großen Sache willen eine ganze Bevölkerung alle Einzelinteressen in den Wind geschlagen und sich blindlings einer höheren Leitung untergeordnet hat. Das war aber immer eine Ausnahme; und die Geschichtschreibung macht davon viel Aufhebens. Bei den heutigen Arbeiterbewegungen ist es etwas Gewöhnliches, ist es die Regel, die bereits als etwas Selbstverständliches kaum mehr beachtet wird. Und gerade dies ist das Beachtenswerthe.“

„Man muß sich nicht irre machen lassen dadurch, daß sehr häufig Unvernünftiges und selbst

geradezu verrückt in Begleitung des Klassen-
 gefühls und der gegenseitigen Aufopferung er-
 scheint. Dergleichen beruht auf Unwissenheit,
 Begriffsverwirrung und ungeschultem Denk-
 vermögen. Es entscheidet so wenig über den
 sittlichen Wert der Sache, wie die Dummheiten
 eines Kindes für die Beurteilung seines
 Charakters maßgebend sind. Eine Verrücktheit
 war es, wie sich von selbst versteht, wenn die
 Dodarbeiter Londons den Anspruch erhoben, daß
 alle Gewerbe die Arbeit einstellen sollten, bis sie
 ihren Lohnanspruch durchgesetzt hätten; denn das
 wäre nicht mehr und nicht weniger als eine Ver-
 urteilung der Kleinstadt zum Hungertode ge-
 wesen. Natürlich haben die Streikenden das
 nicht gewollt; sie haben sich die Folgen nicht
 klar gemacht, was am Ende so unverzählich nicht
 ist. Aber daß sie überhaupt einen solchen
 Gedanken fassen konnten, das zeigt, wie tief ein-
 gewurzelt bereits die Idee der Solidarität, das
 „Einer für Alle und Alle für Einen“, und wie
 groß das Vertrauen zu der Macht dieser Idee in
 diesen Köpfen ist.“

Schließlich meint das kapitalistische Blatt, alles
 das sei doch eine Art „Morgendämmerung,
 die auf neue Tage deutet.“

Ja, das ist es, was die Gelehrten der
 sogenannten „gutgeleiteten“ Presse und das auf
 ihre „Geistesprodukte“ schwörende Philistertum
 nicht begreifen. Das, worüber sie auf der Erde
 jeden Augenblick stolpern, suchen sie in den
 Wolken. Sie sehen nicht die allgewaltige,
 natürliche und unüberwindliche Macht des aus
 dem Klasseninteresse entspringenden Gemeingeistes,
 der Solidarität, in der Arbeiterbewegung
 wirksam; ihr von Vorurteilen, Unwissenheit,
 Selbstsucht und Fanatismus geblendetes Auge
 vermag in dieser Bewegung nur das Resultat
 einer künstlichen Propaganda, der „agitatoren-
 Verhegung“ zu erkennen. Sie sind mit geistiger
 Blindheit geschlagen und gerben sich, als be-
 herrichten sie das ganze Gebiet der sozialen
 Erkenntnis.

Aus der Geschichte haben diese Menschen
 nichts gelernt, sonst müßten sie wissen, daß in
 den menschlichen Dasein- und Interessenkämpfen
 von jeher das Solidaritätsgefühl der be-
 stimmten und entscheidende Faktor war. Der-
 jenige Zug des menschlichen Wesens, vermöge
 dessen Solche, die gemeinschaftliche Interessen zu
 bewahren und zu fördern haben, sich näher an
 einander schließen, ist ein so natürlicher und
 allgemeiner, daß hierauf, wie auf einem un-
 wandelbaren Gesetz der Notwendigkeit, der ganze
 gesellschaftliche Verband, das Gedeihen und die
 Fortentwicklung des ganzen menschlichen Ge-
 schlechts beruht.

Die Wirksamkeit des Solidaritätsgefühls finden
 wir denn auch bestätigt in allen Zeitaltern,
 bei jedem Volke und in allen Ständen und
 Klassen, besonders bei den arbeitenden Klassen.
 Gerade diese haben ja infolge ihrer wirtschaft-
 lichen und sozialen Abhängigkeit und ihrer daraus
 resultierenden üblen Lage stets ein sehr stark aus-
 geprägtes Koalitionsbedürfnis gehabt. Aber in
 demselben Maße, als sie bemüht waren, diesem
 Bedürfnis Rechnung zu tragen, haben die das
 wirtschaftliche und soziale Leben beherrschenden
 Elemente immer und überall es sich angelegen
 sein lassen, die Betätigung des Gemeingeistes
 in jenen Klassen zu verhindern als unberechtigten
 Eingriff in die Autorität und die bestehende
 Ordnung der Dinge. Was macht, — sagt
 Charles Lecomte —, daß man so oft in
 Irrtum verfällt, ist die in den einflussreichsten
 Klassen der Gesellschaft herrschende Tendenz, sich
 als das Endziel zu betrachten, bei welchem Alles
 anlangt muß (als das Endziel der sozialen
 Entwicklung nämlich); unter der Wohlfahrt des
 Menschengeschlechts begreifen sie die Wohlfahrt
 ihrer Klasse, oder derjenigen, die mit ihnen
 gleichen Ranges sind. — Schon Aristoteles
 lehrte vor mehr als 3000 Jahren: das beste
 Mittel, welches die Tyrannie zur Erhaltung ihrer
 Herrschaft in Anwendung gebracht, sei gewesen,
 daß man weder Vereinigungen des Volkes, noch
 etwas Ähnliches dulde, was zwei Eigenschaften
 im Volke wecken konnte: Selbstgefühl und
 gegenseitiges Vertrauen. Die Geschichte
 der Sklaverei, der Leibeigenschaft und Zünfte,
 wie die moderne Geschichte, ist ein einziges
 großes Beispiel des Kampfes der Solidarität der
 arbeitenden Klassen gegen historisches Unrecht.

Mehr denn je zuvor ist heute das Klassen-
 interesse der Arbeiter als eine mit entwicklungs-
 gesellschaftlicher Notwendigkeit sich geltend machende
 sozial-ökonomische Macht vorhanden und hat als
 solche ihre volle Berechtigung und Anspruch auf
 Bekräftigung. Das Solidaritätsgefühl in den
 arbeitenden Klassen ist ein durchaus natürliches
 und ebensowohl eine wirtschaftliche Potenz, wie
 der individualistische Egoismus der Unternehmer.

Die der bestehenden Produktionsweise und
 den herrschenden Kulturbedingungen entsprechende
 Machtentwicklung kann diese Potenz nur in der
 Arbeiter-Koalition erlangen.

Ohne Zweifel hat das Solidaritätsgefühl der
 Arbeiter eine sehr starke moralische Grund-
 lage; aber als der eigentlich bewegende Faktor
 kommt noch etwas Anders in Betracht: die
 wirtschaftlich-soziale Erkenntnis. Mit
 der Sicherheit eines Naturgesetzes entspringt die
 Klassen-solidarität der Arbeiter aus dem Klassen-
 bewußtsein, welches mit wesentlich wirt-
 schaftlich-sozialen Motiven rechnet. Dadurch
 gewinnen die Beziehungen der Arbeiter unter
 sich einen ganz besonderen Charakter, den wir
 als eine Entäußerung des geläuterten
 Egoismus bezeichnen möchten, welcher mit den
 Gesetzen der Moral sich völlig deckt, indem er
 auf die Herbeiführung einer höheren Sozial-
 gerechtigkeit gerichtet ist. Aus diesem Charakter
 erklärt sich die Bereitwilligkeit, mit der die
 Arbeiter ihre mühsam zusammengebrachten Gelder
 aufwenden, um, sei es einzelne Genossen in
 prinzipiell wichtigen Konflikten mit den Arbeit-
 gebern zu unterstützen, sei es allgemeine Arbeits-
 einstellungen zur Verbesserung der Arbeits-
 bedingungen zu initiieren und zu unterhalten,
 und zwar nicht nur in dem eigenen Gewerbe,
 sondern auch in solchen, die diesem verwandt
 sind — oder ganz ferne stehen. Bei derartigen
 Leistungen ist von einer Berechnung der Chancen,
 von Gewinn oder Verlust im gewöhnlichen Sinne
 — wie beim Unternehmertum — gänzlich die
 Rede; sie würde auch gänzlich möglich sein; man
 macht einfach mit vereinten Kräften einen Einsatz
 in ein gewagtes Unternehmen, in welchem Gewinn
 und Verlust von der Gestaltung eines ungewissen
 nicht vorher zu sehenden Umstandes abhängig
 ist, und dessen Resultat im günstigen Falle der
 ganzen Klasse und nur indirekt dem Einzelnen zu
 Gute kommt.

Die Arbeiter-Koalition als greifbarster Aus-
 druck des Klasseninteresses der Arbeiter ist ihrem
 Wesen nach von sozialem Charakter und Alles,
 was sie unternimmt, erhält dadurch ebenfalls
 diese spezifische Eigentümlichkeit. Darin unter-
 scheidet sich die Arbeiter-Koalition von derjenigen
 der Unternehmer. Diese haben vor allen Dingen
 die Absicht, durch ihre Vereinigung ihr einzel-
 wirtschaftliches Geschäftsinteresse zu
 fördern; die Arbeiter dagegen behalten, auch
 wenn sie sich nach den einzelnen Gewerben son-
 dern — und ordnen, doch vorzugsweise ihr Klassen-
 interesse im Auge. Ihre wirtschaftliche
 Individualität ist eben, weil ihr das zur wirt-
 schaftlichen Selbstständigkeit nötige Kapital fehlt,
 nicht vollständig ausgebildet und dementsprechend
 ist ihnen die Massenbildung erleichtert. Der
 Unternehmer ist durch sein Kapital, trotz des
 internationalen Charakters und bei aller Be-
 weglichkeit desselben, doch in einem bestimmten
 Produktionsgebiete an einem bestimmten Punkte
 verankert und behauptet im freien Konkurrenz-
 kampf seine individuelle Geschäftssphäre.
 Der Arbeiter aber ist höchstens durch seine Aus-
 bildung auf einen bestimmten Arbeitszweig an-
 gewiesen, hat aber selbst für diesen im Ganzen
 keine tätige Teilnahme, da er in keinem Teile
 desselben ein eigenes Geschäftsinteresse besitzt.
 Das moderne Arbeitsrecht weist ihn als „freien“
 Arbeiter an, seine Arbeitskraft im Gegensatz zu
 dem persönlichen Interesse des Unternehmers
 möglichst hoch zu vermarkten. Als vereinzelt
 wirtschaftliches Individuum kann er das
 nicht; aber eben die mangelnde wirtschaftliche
 Individualisierung treibt die einzelnen Arbeiter
 zur sozialen Einigung, zur Koalition.
 Ihre Interessen fließen nicht nur in einem und
 demselben Gewerbe, sondern — wie gerade die
 letzten großen Streiks wieder so deutlich gezeigt
 haben — auch von einem Gewerbe zum anderen
 und schließlich von einem Lande zum anderen
 ohne Schwierigkeit und ohne künstliches Zutun
 zu einem Klasseninteresse zusammen, welches

je mehr es in den Vordergrund tritt, auch für
 jeden einzelnen Arbeiter mehr und mehr über-
 wiegend maßgebend wird. Das Bewußtsein, daß
 dem so ist und gänzlich anders sein kann, war
 es, welches die Londoner Dodarbeiter dazu be-
 stimmte, von allen anderen Gewerben die
 Arbeitseinstellung zu verlangen, bis sie ihre
 Ansprüche durchgesetzt hätten. Das war ein
 taktischer Fehler, ist aber doch — wie ja
 auch die „Weser-Zeitung“ anerkennt, ein Beweis
 für die Macht der Solidaritätsidee. Der Wert
 und die Bedeutung dieser Idee leiden nicht,
 darunter, wenn sie hier oder da bei Neulingen
 in der Arbeiterbewegung vorübergehend mal zu
 falschen Schlüssen und taktischen Unklugheiten
 verleitet.
 (Schluß folgt.)

Wirtschaftlich-soziale Rundschau.

*** Der internationale Arbeiterkongress zu
 Paris** übertrug die Ausfertigung seiner Beschlüsse den
 Vertretern der Schweiz. Die Schweizer Sozialisten haben
 nunmehr zu diesem Ende in Zürich einen Vollzugs-
 ausschuss niedergesetzt, welcher aus den folgenden fünf
 Mitgliedern besteht: Rationalkassier R. Büchel, D. Rang,
 Buchbinder A. Manz, A. Wert (vom eigenständigen
 Arbeitersekretariat) und Gemeinderath E. Wollschläger
 (Redakteur des „Basler Arbeiter“). Der Letztere als
 Sekretär und als Redakteur des geplanten dreisprachigen
 internationalen Organs „Der Waffendag“. Die
 Kosten dieses Blattes veranschlagt der Ausschuss bei
 wöchentlichen Erscheinungen auf 15 000 bis 20 000 Franken
 das Jahr; er fordert in einem Rundschreiben die auf
 dem Basler kongress vertretenen Arbeiterorganisationen
 zu Beiträgen hierzu auf. Bis die Geldfrage geordnet
 sein wird, soll der „Waffendag“, wenn immer thun-
 lich, in unbestimmten Zwischenräumen erscheinen. Der
 Vollzugsausschuss kündigt schließlich noch an, daß er be-
 auftragt sei, zu gelegener Zeit den nächsten internationalen
 kongress einzuberufen.

*** Die Auflösung der Invalidenkasse des Ver-
 bandes der Gewerbetreibenden** ist in der kürzlich statt-
 gehaltenen Generalversammlung beschlossen worden. Der
 Sachverständige Dr. Zimmer und der soziale Qua-
 salber der Sportkritiker beim „Freiwilligen“ Dr. M. Fisch,
 empfahlen selbstgegnügend die Erbschaft ihres Wan-
 derkassens, ein Umstand, der ihnen in Rücksicht auf die
 moralischen Qualen, die ihnen dasselbe in letzter Zeit
 verursacht, gewiß nicht schwer geordnet ist. Die Kasse
 hat einen Fehlbetrag von Mk. 169 000 zu verzeichnen.
 Vorhanden sind 102 rentenberechtigte Invaliden; wie
 diese abgefunden werden sollen, darüber schweigt des
 Sängers Sphilität, ebenso darüber, wie die, die Jahre
 lang der Kasse beigetragen haben, aber noch nicht renten-
 berechtigt sind, entschädigt werden sollen. Die armen
 Genossenschaftler sind zu bedauern.

Zünftlerische Gesichtspunkte.

Unsere Zünftler leiden bekanntlich an der feigen Idee,
 daß sie besorgen seien, die hauptsächlichsten Sünden der
 Staats- und Gesellschaftsordnung zu bilden und sich als
 die zuverlässigsten Säulen des sozialen Friedens zu be-
 thätigen. Aus dieser Idee folgern sie mit der ihnen
 eigenen Logik: daß der Staat im Interesse der Ordnung
 und des sozialen Friedens die Verpflichtung habe, sie
 bezw. die Innungen durch Verleihung von Erwerbs-
 privilegien zur Erfüllung ihres vorgeblichen sozial-politi-
 schen Berufs stark und mächtig zu machen. Daß sie,
 um die Regierungen ihren Forderungen geneigt zu
 machen, sich bestreben, eine möglichst stark ausgedrückt
 konservative bezw. reaktionäre Gesinnung zu bekunden,
 ist ganz selbstverständlich. Naturgemäß hat diese „Ge-
 sinnung“ eine sehr einfache, aber nicht minder „rabuläre“
 Voraussetzung, die sich wohl am Zutreffendsten ausdrücken
 läßt in dem Verslein:

Die Regierung abjunkt,
 Wenn sie uns den Willen thut.“

Die echten und rechten Zünftler sind bereit, um den Preis
 der Anerkennung und Privilegierung ihrer Sonderinteressen,
 Volksrechte und Freiheiten, besonders
 solche, die Wert für die Arbeiter haben,
 zu opfern; diese Bereitwilligkeit haben sie ja oft
 genug offen ausgesprochen, wozu noch in Betracht kommt,
 daß gewisse Rechte, wie das Koalitionsrecht der
 Arbeiter, ihnen selbst ein Dorn im Auge sind, weil
 sie vom Gebrauch derselben eine Verletzung ihrer mate-
 riellen Interessen fürchten.

Genug, also unsere Zünftler sind „konservativ“ —
 darüber ist kein Zweifel. Da sie gewohnt sind, sich mit
 dem Handwerk überzuheben und zu identifizieren, so
 kann es nicht überraschen, daß sie den Handwerkern
 im Allgemeinen auch ihre „konservative Gesinnung“
 beimessen.

Nahm da kürzlich in einer Versammlung des Vereins
 selbstständiger Handwerker Hamovers der Vorsitzende
 (Salge heißt er und „Altmeister“ ist sein Titel) Anlaß,
 Folgendes zu erklären:
 „Der Handwerker an und für sich ist konservativ.
 Die traurigen Erfahrungen in Frankreich, wo ohne
 Auflösung der Innungen die Wutbürger
 der ersten Revolutionen und die Wutbürger
 waren (11), müßten uns warnen und belehren. Der
 Auf „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ zieht auch in
 Frankreich nicht mehr. Wir wollen auf ruhigen
 konservativen Bahnen fortgehen, zum Wohle des
 Vaterlands und des Handwerks.“

Als wir den zweiten der hier mitgetheilten Sätze lasen,
 da mußten wir denn doch laut aufstöhnen. Jetzt also müssen
 gar „die Wutbürger der ersten Revolution“ schon dazu
 dienen, die zünftlerischen Bestrebungen zu rechtfertigen!
 Alle die Exporter, welche uns über die Ursachen dieser

Revolution berichtet haben, sie sind nun entlarvt als unwissende, dumme Federführer, — entlarvt und moralisch vernichtet von einem deutschen Künstler! Der „Altmeister“ Salge in Hannover hat die Großmeister des historischen Wissens „auf den Kopf getreten“; er hat sich das unsterbliche Verdienst erworben, die Ursache der ersten französischen Revolution in der „Aufklärung der Franzosen“ zu entdecken! Nur ist's nur noch ein kurzer Schritt bis dahin, daß uns gesagt wird, die ganze Weltgeschichte drehe sich um das Zünftwesen und habe eigentlich nur dieses zum Gegenstande. Freilich, jede reaktionäre Richtung sucht anfänglich der Zentenerfeier der französischen Revolution aus diesem großen weltgeschichtlichen Ereigniß Kapital für sich zu schlagen unter dem Vorgeben, daraus „lernen“ zu wollen. Warum sollte das nicht auch so ein Zünftler thun? Die liebe Unwissenheit erlaubt sich ja bekanntlich sehr viel, besonders wenn sie in Verbindung tritt mit der zünftlerischen Idee, wonach das Heil der Staaten und der ganzen menschlichen Gesellschaft nur in der Zünfterei beruht.

Es giebt gewisse Arten von Unsinne, die nicht sicherer dem verdienten Fluche der Väterlichkeit preisgegeben werden können, als indem man sie so weit als möglich ernsthaft ans Licht der von ihnen ataquirten That-sachen stellt.

Das wollen wir denn auch mal (zu Nutz und Frommen solcher Zünftler, die etwa noch der Belehrung zugänglich sein sollten) mit der Behauptung des „Altmeisters“ Salge thun.

Unächt bemerken wir, daß im Mittelalter das Handwerk nicht auf konservativen, sondern auf revolutionären Bahnen sich entwickelte und seine Blüthe erreichte. Ihr natürliches Recht der Koalition haben die Handwerker vom 9. Jahrhundert ab durch geraume Zeit sich erst erkämpfen müssen von den herrschenden Ständen. Ebenso ihre Befreiung vom Joche der Leibeigenschaft und Fröigkeit. Noch Friedrich I. erklärte um die Mitte des 12. Jahrhunderts die Handwerker als unfähig, der Stadt Amt obzuarbeiten und in der Gemeinde Regenten zu sein, weil sie nicht studirt und den Verstand nicht hätten auf Recht und Gerechtigkeit. Und noch im 13. Jahrhundert konnten die sogenannten „Vollbürger“, die Patrizier, welche den Mißgung auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung zu einer „landesgemäßen Ehrenache“ erhoben hatten, in ihrem Hochmuth geltend machen, es sei ihr „Recht“, den gemeinen Mann ohne Heerd und Ehe, der „von der Arbeit lebt“, ungestraft obzusehen zu können, so er nicht Ehrfurcht besahe.“ Unter fortwährenden Kämpfen mit dem herrschenden konservativen Element, den Privilegien, wobei es oft genug Vultüder gab, rang sich das Zunftwesen — damals noch eine Institution zum Schutze der Arbeit, eine republikanische Arbeitsorganisation, welche das Recht auf Arbeit einigermassen verwirklichte — zu seiner Macht und Blüthe durch.

Über die Blüthezeit dauerte nicht lange; die Zeit des Verfalls folgte ihr schnell und das eben so revolutionäre Handwerk wurde in die Fesseln höchst brutaler reaktionärer oder konservativer Satzungen geschlagen, die in ihrer Starcheit sich leider nur zu lange behaupteten. Je mehr das Nachlassen oder gar das Auslöschen der gemeinsamen Interessen Raum gab für Lebenszwecke, oder dem persönlichen Interesse erlaubte, in den Vordergrund zu treten, desto näher trat an die Zünfte die Gefahr einer Ausartung, desto mehr loderten sie sich zu einer Existenz ohne inneren Gehalt, bis endlich, herbeigeführt durch die eigene Vortheilhaftigkeit und durch äußere Anlässe, ihr gänzlicher Zusammenbruch eintrat.

Ursprünglich zum Schutze der Arbeit entstanden, schlossen die Zünfte sich ab, monopolisirten das Recht auf Arbeit und verknüpferten sich gegenüber der Masse der besitzlosen und unfreiwilligen Arbeiter zu einer aristokratischen Klasse. Sie trieben eine von der kraftlosesten Selbstsucht und dem kleinsten Neid beherrschte Privilegienwirtschaft.

Dazu kam, daß ihre Einrichtungen, die ursprünglich der damaligen Verfassung der Gesellschaft angepaßt waren, der fortschreitenden Entwicklung immer weniger genüigten; mit der steigenden Macht der Zünften wurden die Freiheiten der Zünfte, insbesondere ihr Recht der Selbstbestimmung eingeschränkt; dieselbe Staatsgewalt, von der sie sich hatten „privilegiren“ lassen, betrieb später durch Befestigung, Verschneidung und Aushebung der Privilegien im echt bürokratischen Geist und die Auflösung der Zünfte. Durch diese Maßregeln wurde einerseits zwar dem allgemeinen Interesse vor dem zünftlerischen Standesinteresse gebührendermaßen Rechnung getragen, andererseits aber auch die Energie, das Selbstbewußtsein und der Gemeinsinn der Handwerker getrocknet.

Und die schlimmen politischen Zustände blieben nicht ohne Einfluß auf die Zünfte. Das Land verarmte. Der unerhörte Druck, der auf dem geknechteten Landvolk lastete, machte sich in den städtischen Gewerben in doppelter Richtung fühlbar, indem einmal der Andrang der Landbevölkerung nach den Städten größer, die Verbrauchsfähigkeit auf dem platten Lande aber desto geringer wurde. So verfesten verhältnismäßig rasch die Quellen des städtischen Wohlstandes. Die alte Zunftverfassung war nicht auf einen dürftigen, sondern ungelehrt auf einen wohlhabenden, in allen seinen Gliedern kräftigen und selbstbewußten Handwerkerstand zugeschnitten. Die alten; unter günstigen Verhältnissen reich gewordenen Handwerkerfamilien hoben sich mehr und mehr von den armen und hoffnungslosen Nachzögern ab; für mittellose Gesellen und Lehrlinge wurden die Ausichten, zur Selbstständigkeit innerhalb der Zunft zu gelangen, immer schlechter; die frühere Gleichheit der Standesgenossen ging mehr und mehr verloren und es bildete sich ein Verhältniß aus, welches die Scheidung in bemittelte Unternehmer und abhängige Arbeiter einleitete.

Diesem Prozeß leistete die Zunahme der Bevölkerung und besonders der ärmeren Klassen Vorschub. Es entwickelte sich ein Massenbedarf, bezw. ein Bedürfnis nach billigen Handwerksprodukten und dieser Drang nach

Wohlfelheit entzog den Handwerkern zum großen Theil ihren Charakter von Kunstgewerben, und leitete eine weitgehendere Arbeitsteilung, sowie der Erfindung und Anwendung von Maschinen kräftigen Vorschub.

Infolge all dieser Vorgänge, mozu dann noch innere Unruhen (die Bauernaufstände etc.) und fast ununterbrochene Kriege mit ihrer fürchterlichen Verwilderung kamen, nahm die Demoralisation des Handwerkerstandes und der Verfall der Zünfte rasch zu. Mehr und mehr zogen die sogenannten „Handwerkshilfskassen“ ein, die den Gedanken einer unbeschränkten Gewerbefreiheit als einen Anker der Rettung aus unerträglichen Zuständen erscheinen ließen. Wohl behaupteten die Zünfte sich noch, aber sie waren nur noch ein schauerhaftes Zerbild; nicht ein Schatten ihrer einstigen Würde, Größe und Bedeutung war ihnen geblieben. (Schluß folgt.)

Die Revision des Krankentaggelgesetzes,

welche in der bevorstehenden Reichstagsession vollzogen werden soll, ist offenbar darauf berechnet, den freien Hilfskassen der Arbeiter die Möglichkeit der Existenz zu nehmen. Es ist ja längst offenbar geworden, daß diese Kassen den Anhängern der staatlichen „Sozialreform“ ein Dorn im Auge sind. Die Herren „Sozialreformer“ sind der Ansicht, die Arbeiter müßten unter möglicher Vormundschaft gehalten werden; man möchte die Arbeiter am liebsten par ordre de mauti in die Zwangsjacke stecken, und zu dem Besuche die freien Hilfskassen ganz beseitigen, sei es nur durch direktes Verbot oder durch allerlei Mittelchen, welche denselben die Lebensfähigkeit abschneiden.

So hat die Handelskammer zu Halle a. S. in ihrem neuesten Jahresbericht das Verlangen nach völliger Unterdrückung der freien Hilfskassen offen und unumwunden ausgesprochen mit folgenden Worten: „Sehr schlecht fügen sich in den Rahmen der Krankentaggel die bevorzugten freien Hilfskassen ein, weshalb deren Beseitigung, nachdem die Leistungen der Krankentaggel erhöht sind, als wünschenswert bezeichnet wird.“

— So erfreulich es ist, daß dergestalt weitgehende, dergestalt rätheliche Pläne rechtzeitig von der Beseitigten selber aufgebeut werden, so ist es doch nicht gerade erbaulich, auch in dieser Frage die alte Erfahrung bestätigt sehen zu müssen, daß der Haß blind macht. Lange Jahre, ehe noch an Zwangsstellen zu denken war, haben die freien Hilfskassen zum Segen Aller gewirkt, die an ihnen Theil nahmen, und jetzt möchte man sie am liebsten wie ein unnützes Möbel über Bord werfen. Mit Aufgebot aller verfügbaren Kräfte und Mittel haben die freien Hilfskassen die ihnen bereiteten Schwierigkeiten überwunden; sie haben den ihnen vorgeschriebenen Nebenbedingungen angebracht und gewähren gegenwärtig ihren Mitgliedern bei niedrigeren Beiträgen meist bedeutend größere Leistungen, als die gesammten Zwangsstellen, welche letztere für ihren großen und sehr kostspieligen Verwaltungsapparat einen unerschwinglich großen Theil der Mitgliedsbeiträge verbrauchen, weshalb bei den meisten Krankentaggelkassen in letzter Zeit die Beiträge ganz bedeutend erhöht werden mußten, um die Leistungsfähigkeit der Kassen überhaupt noch aufrecht zu erhalten, während bei der Gemeindefrankenversicherung sehr bedeutende Zuschüsse aus dem Kommunalhaushalt fortlaufend beansprucht wurden.

Die Konkurrenz, welche die freien Kassen den Zwangsorganisationen leisten, ist nicht etwa eine zunehmende, sondern eine abnehmende. Für das Jahr 1888 liegen die abschließenden Ziffern für das ganze deutsche Reich noch nicht vor. Aber auch schon die Statistik für die Jahre 1885 bis 1887 spricht deutlich genug. Während zu Ende des Jahres 1885 von insgesamt 4 294 173 versicherten Arbeitern (uneingerechnet die Mitglieder der Knappschaftskassen) 730 722 oder 17,02 pZt. eingeschriebenen Hilfskassen angehörten, lauteten die entsprechenden Ziffern für den Schluss des Jahres 1886: 4 570 087 versicherte Arbeiter, davon 731 943 oder nur 16,02 pZt. bei den eingeschriebenen Hilfskassen. Und am Schlusse des Jahres 1887 war die Zahl aller bei Krankentaggel Versicherten (einschließlich der Knappschaftskassen) auf 4 842 226 gestiegen und die Zahl der bei den eingeschriebenen Hilfskassen Versicherten auf 727 127 oder nur noch 15,02 pZt. gefallen. Das ist nicht weniger, als eine zunehmende Konkurrenz der freien Kassen. Füllte sich doch auch sogar das offiziöse Hauptblatt unlängst bei Wiedergabe der vorstehenden Ziffern für 1887, zu dem Schlusse gezwungen, die eingeschriebenen Hilfskassen, bei denen die Unternehmer keine Zuschüsse leisten, sondern die Mitglieder alle Kosten allein aufbringen müßten, „scheiden an Beliebtheit zu verlieren.“ Und ein leitendes Blatt der Nationalität, die „Völk. Ztg.“ hat ja ebenfalls noch unlängst gemüthlich triumphirend für das Königreich Sachsen einen sehr bedeutenden Abgang des Mitgliederstandes der freien Kassen auch besonders im Jahre 1888 festgestellt — in 1886 noch 29 pZt., in 1887 nur noch 26 pZt. und in 1888 nur noch 18 pZt. aller in Sachsen gegen Krankheit Versicherten — und hat die Erwartung hinzugefügt, daß immer mehr der freien Kassen sich auflösen oder in bloße Zuschußkassen verwandeln dürften. Angefichts dieser Erwartung und angesichts der ziffermäßigen Thatfachen, auf welche dieselbe sich stützt, begreift sich nur schwer, weshalb man auf die Konkurrenz der freien Kassen noch immer so sehr erbittert ist.

Die landläufige Erklärung dafür lautet bekanntlich, die freien Kassen seien gegenüber den Zwangsstellen „bevorzugt“, oder, wie sich der Staatssekretär im Reichsamte des Innern auszubringen beliebt, Licht und Schatten seien zwischen jenen und diesen Kassen ungleich vertheilt, natürlich zu Ungunsten der Zwangsstellen. Nun, wir dächten, es sei nicht gerade eine „Bevorzugung“ oder ein Ueberzucht an „Licht“ für die freien Kassen, wenn, wie es der Fall ist, die Mitglieder der letzteren den erforderlichen Bedarf an Kostenbeiträgen allein aufbringen müssen, während bei den Zwangsstellen ein Drittel desselben Bedarfs von den Unternehmern getragen wird. Und ebensowenig läßt sich ein Vorzug oder ein Ueberzucht an Licht für die freien Kassen darin finden, daß die Mit-

glieder derselben im Rahmen des Unfallgesetzes, wie auch des Invaliditätsgesetzes, von Arbeiter-Versicherungsgesetzes der Rechte ermangeln, welche man ihnen alsbaldigiger Weise den Mitgliedern der Zwangsstellen gewährt hat. Auch daß die Mitglieder der freien Kassen vermöge ihrer ausschließlichen Beitragspflicht sogar für die Kosten der innerhalb der dreizehnmündigen Karenzzeit zur Erledigung kommenden Unfälle allein aufkommen müssen, — im Gegenfalle zu den Mitgliedern der Zwangsstellen, ist doch weder „mehr Licht“, noch „Bevorzugung“. Wie es im Uebrigen scheint, hat man von dieser nicht eben für die freien Kassen vorthellhaften, ungleichen Vertheilung von Licht und Schatten“ auch bereits im Reichsamte des Innern etwas spröde als nur einen schwachen Begriff. Wenigstens enthält die neueste Darlegung im „Reichsanzeiger“ über die Krankentaggelgesetzstatistik pro 1887 den eben so unerwarteten wie beachtenswerthen Passus: „Es ist jedoch in Betracht zu ziehen, daß bei der Gemeindefrankenversicherung, den Orts-, Betriebs-, Bau- und Zunftkrankenkassen ein Drittel der Beiträge nicht von den Mitgliedern, sondern von den Arbeitgebern geleistet wird, während bei den Hilfskassen die ganze Differenz den Mitgliedern zur Last fällt, weil die Arbeitgeber für diese Kassenarten nicht zu Beiträgen verpflichtet sind.“ Hieraus spricht der Vortheil, welchen die Mitglieder der Zwangsstellen vor den anderen haben, klar in die Augen.“

Dieses gewissermaßen amtliche oder doch, wie man wohl zu sagen pflegt, halbamtliche Zeugniß ist eines gewichtigen, den Zwangsstellen zugewendeten Vortheils ist mit Recht entgegenzunehmen. Denn es wird offensichtlich oder sollte alle Diejenigen endlich einmal zu Verstande und zur Ruhe bringen, die bei dem Worte „Bevorzugung“ oder bei der Wendung von der bewußten „ungleichen Vertheilung“ immer nur daran denken, daß bei den freien Kassen im Gegenfalle zu den Zwangsstellen kein Aufnahmevertrag besteht. Einen Vortheil wenigstens sollte man doch den freien Kassen gönnen, nachdem man die Zwangsstellen mit einem ganzen Haufen von Vortheilen derart, wie oben geschildert wurde, bedacht hat.

Vor gut Jahresfrist war es, daß Professor Schmoller, keineswegs ein gewöhnlicher Feind der gegenwärtigen Sozialpolitik, in seinem Jahrbuch die gegenwärtige Wirksamkeit der freien Kassen anerkannte, denselben ein höheres Maß von Schulung und Erziehung der Arbeiter beimaß und bemerkte, man habe es stets freudig begrüßt, daß unsere Gesetzgebung die freien Hilfskassen neben den für die Klasse der niedriger stehenden Arbeiter durchaus notwendigen Zwangsstellen hat fortbestehen lassen.“ Dieses gewiß unvoreingenommene, weil beiden Arten Kassenorganisationen Gerechtigkeit widerfahren lassende Urtheil sollte auch heute noch im so mehr Beachtung finden, als die freien Kassen thatsächlich im Allgemeinen mehr leisten, als die Zwangsstellen. Dafür liegen nicht nur Ziffernbelege vor, sondern es ist dies auch zu wiederholten Malen von den Gegnern der freien Kassen anerkannt worden.

Über die geschworenen Feinde der freien Hilfskassen kehren sich an derartige Ermüdungen nicht; sie wollen diese Kassen unter allen Umständen beseitigen und leide nicht zu sehr, daß die Majorität des gegenwärtigen Reichstages dazu die Hand bieten wird.

Gewerkschaftliche Angelegenheiten.

Die Annahme des Unternehmertums gegenüber den Arbeitern wird immer schlimmer. Wie die Berliner „Völk. Zeitung“ berichtet, haben die Unternehmer der dortigen Eisen- und Stahlindustrie sich vereinigt, um die Arbeiter ihrer Branche zu zwingen, bei Streitfällen sich den Beschlüssen eines Komités der Unternehmer zu unterwerfen, widrigenfalls die sich nicht fügenen Arbeiter nirgends in Berlin mehr Beschäftigung erhalten sollen. Der erste Grundsatze bei einem Gerichtsverfahren ist doch, daß eine Partei nicht über die andere ihr Urtheil fällen kann. Das Schiedsgericht aber, das die Berliner Eisen- und Stahlindustriellen bilden, ist ein Parteigericht und nichts Anderes. Von einem solchen Schiedsgericht, welches in Wahrheit nur Diktatur ist, wird kein Arbeiter einen unparteiischen Spruch erwarten. Sicherlich werden die Arbeiter nicht so über sich verfügen lassen, sondern der Unternehmer-Organisation nun auch ihrerseits eine gute Organisation entgegenstellen. — Von besonderem Interesse ist die weitere Mittheilung der „Völk. Zeitung“, daß den Unternehmern ihre berufsgenossenschaftliche Organisation auf Grund des Unfallgesetzes dazu dient, ihnen eine wirksame Organisation gegen ihre Arbeiter zu schaffen. Wir haben immer behauptet, daß die berufsgenossenschaftliche Organisation der Unternehmer mit dazu beizutragen hat, die Arbeiter eine wirksame Waffe gegen die Arbeiter in die Hände zu geben und die Mittheilung der „Völk. Zeitung“ bestätigt dies. Den Unternehmern wird durch die staatlichen Einrichtungen jeder Vorschub geleistet, nur ihre Interessen zu wahren, den Arbeitern legt man dagegen jedes Hinderniß in den Weg und verkümmert ihnen die mächtigen Rechte, die sie besitzen, nach Möglichkeit. Gelangt es ihnen trotzdem, den Kampf für ihre Lebensinteressen gegen die Unternehmer aufzunehmen, dann hat deren Presse nichts Eiligeres zu thun, als nach neuen Ausnahmengesetzen gegen die Arbeiter zu streifen und in den maßgebenden Kreisen ihr man nur zu geneigt, darauf einzugehen. Diese Sachlage kennzeichnet ganz vortrefflich das Zeitalter der „Sozialreform“ und hilft auch den „ewig Blinden“ die Augen öffnen.

Die Lohnkommission der freitrenden Sandbaggerer Hamburgs hat einen Aufruf erlassen, in welchem es heißt:

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß uns die Gewerkschaften der Maurer und Maurerarbeitende Leute zur Seite stehen, jetzt, wo wir uns durch die Noth der Umstände genöthigt sehen, auf eigene Hand die Baggerer in Angriff zu nehmen. Alle Maurermeister und Bauherren können versichert sein, daß wir ihnen stets den besten Sand liefern werden. Unsere Waage verdienen 45 bis 50 Prozent und es wäre doch wohl nicht mehr als gerecht, wenn die Sandbaae

Hätten auch den Arbeitern etwas mehr Verdienst zu- kommen lassen; da aber die Waage sich in weitere Unter- handlungen nicht mit uns einlassen, so rufen wir schon mit der selbständigen Handhabung des Betriebes vor- gehen und versprechen stets die beste Bedienung.

Alle Briefe und Sendungen in dieser Angelegenheit sind zu richten an Heint. Hausfeldt, Banks- straße 54, Keller.

Wir wünschen diesem Vorgehen der Waggeber den besten Erfolg. Die erwünschte Gemeinschaft werden es an der geforderten Unterstützung gewiß nicht fehlen lassen.

Der Unterstützungsverein deutscher Tabak- arbeiter hielt in der ersten Woche dieses Monats in Magdeburg seine ordentliche Generalversammlung ab. Dieselbe lehnte die von einigen Seiten beantragte Ein- führung der Arbeitslosen-Unterstützung, weil von keiner Bedeutung für die Organisation, ab. Rück- sichtlich der Streiks wurde beschloffen, dieselben, sofern sie unabwendbar sind, nach Kräften zu unterstützen. Ein weiterer Beschluß geht dahin, den Arbeitsnachweis nach Kräften zu entwickeln, da derselbe von hoher Be- deutung sei.

Ein höchst bedeutendes Kompliment an die Leipziger Polizei leistet sich die „Baugewert-Zeitung“ in folgender Notiz: „In Leipzig war die Polizei in diesem Sommer etwas schwierig, wenn es sich darum handelte, den Maurern die Erlaubnis zur Abhaltung von Versammlungen zu erteilen. Infolgedessen ist Leipzig von Streiks verschont geblieben und Niemand hat sich dabei besser gefühlt als die Polizei selbst, am schlechtesten die Agitatoren.“ — Wir sind in der an- genehmen Lage, die Leipziger Polizei gegen das „Lob“, einen „Maurer-Streit“ verbindet zu haben, in Schutz nehmen zu müssen. Daß Leipzig vom Streit verschont blieb, ist lediglich das Verdienst der Geseßverletzung, denn nichts Anderes würde sie gethan haben, wenn sie Versammlungen verboten hätte, um die Arbeiter am Gebrauch ihres gesetzlichen Rechtes, zu streiken, hindern zu wollen. Aber das genirt den Herrn Felisch nicht, denn sein sogenanntes „Rechtsbewußtsein“ gegenüber den Arbeitern genirt ja bekanntlich in dem heißen Verlangen, daß die Polizei der gewerkschaftlichen Bewegung der Arbeiter ein Ende machen möge. Auf Recht und Geseß kommt es diesem Nährvater des „guten“ Geistes der Zünfnungsbrüdererschaft dabei nicht an.

Was nennt man in Hamburg Koalitions- freiheit? Diese Frage weiß Herr Felisch in seiner „Baugewert-Zeitung“ zu beantworten wie folgt: „In Hamburg blüht der Verband der Zimmerer am schönsten. Wenn dieser Verband über Baupläge die Sperre verhängt hat — und einige solcher Pläge giebt es immer — dann bekommen diese Pläge absolut keine Gesellen. Man nennt das in Hamburg Koalitionsfreiheit.“ — Gewiß, Herr Felisch! Aber wie nennt man es, wenn die Unternehmer die als Mit- glieder der Fachvereine ihnen unbequemen Arbeiter auf die schwarze Liste setzen? Das nennen die Unter- nehmer auch „Koalitionsfreiheit“, obwohl es nur ein Mißbrauch derselben ist, was max von der Ver- hängung der Sperre über Baupläge der Gesellen nicht sagen kann. Das ist eine reine und ehefliche koalitions- rechtliche Maßregel.

Ein Zünfnungs-Gesellenauschuß in „Aktivität“. — In Berlin fand kürzlich eine Versammlung der Steinmetz-Zünfnung statt, in welcher es auch dem so- genannten Gesellenauschuß nachgesehen wurde, am Vorstandssitz Platz zu nehmen und „mitzuthun“. Aber dieses „Mitzuthun“ war auch danach! Zunächst wurde mitgeteilt, daß zu der beabsichtigten Herberge und Arbeitsnachweise das jetzige Verzeichniß politisch be- ansprucht wurde (der Fachverein hatte die Genehmigung für sein Lokal schon in der Hand), dann wurden an Stelle zweier auscheidenden Ausschußmitglieder zwei Gesellen durch mehrmalige Affirmation in Vorschlag ge- bracht und von dem Gesellenauschuß angenommen. — Die im Mai dieses Jahres gegründete Unterstützungs-kasse, zu der jeder Meister pro Mann und Monat M. 1 zahlt und jedem Gesellen 50 $\frac{c}{t}$ als freiwilliger Beitrag abgezogen werden, soll nun Statuten erhalten, für welche die politische Genehmigung nachgesucht werden wird. Die Anwesenden wurden aufgefordert, sich darüber zu äußern und ihre Wünsche nachdrücklich dem Gesellenauschuß schriftlich mitzuteilen. Die Kasse hat seit Mai, also vier Monate, eine Einnahme von über M. 2400, eine Ausgabe von M. 330, und erhält bisher jeder Arbeiter M. 5 wöchentlich. Zu den aus der Versammlung zahlreich gemachten Einwendungen und Vorschlägen erklärte der Gesellenauschuß baldwillig, daß er nicht abgeneigt wäre, dieselben in Erwägung zu ziehen. Mehrere nicht bei Zünfnungsmessern arbeitende Gesellen, welche sich auch zum Wort meldeten, wurden vom Obermeister zurückgewiesen, da es nur eine Zünfnungsversammlung sei und als solche politisch genehmigt sei, es wäre daher „ungefährlich“, anderen als Zünfnungsgesellen das Wort zu erteilen. (11) Der löbliche Gesellenauschuß ließ diese Vergewaltigung seiner Kollegen ruhig geschehen. Freilich, er ist ja auch nur dazu da, hübsch bemühtig Ja zu sagen zu allem, was den Meistern beliebt. Thut er das nicht, so taugt er nichts.

Der Vorstand des Fachvereins der Berliner Putzer veröffentlicht im „Berliner Volksblatt“ eine Ver- richtung, in welcher er die in eine öffentlichen

Maurerverammlung am 3. September erhobene Be- schuldigung, der Verein stehe nicht auf dem Boden der Arbeiterbewegung, sondern auf Seiten der Zünfnung, zurückweist, als auf Unkenntnis der Thatsachen oder auf Verleumdung beruhend. Es wird erklärt:

„Das Beweismaterial macht man sich sehr leicht, indem man einfach sagt: Beweis der letzte Streit. Nun, was beweist der letzte Streit der Maurer in dieser Sache? Die Thatsachen liegen einfach folgendermaßen: Die Putzer Berlins traten schon im Februar und März in die Lohnbewegung ein; sie setzten den neunstündigen Arbeitstag wie einen Mindesttagelohn für Putzer auf M. 7 fest und führten denselben vermöge ihrer Organisation und indem sich die meisten der nicht organisierten Kollegen anschlossen, durch. Es bedurfte keines Generalstreiks, indem wir vermöge unseres Arbeitsverhältnisses in der Lage waren, zu sagen, wir fangen nicht früher an und nur da, wo es nicht bewilligt worden, blieb die Arbeit liegen. Es fanden sich nur wenige Arbeitgeber, die Widerspruch erhoben, und bald fügten sich auch diese.“

„So lagen die Verhältnisse, als die Maurer den Streit erklärten, und um uns nicht der Beschuldigung der Frivolität auszuliefern, andererseits aber nicht den Mittelstufen in unserer Sache für ihr verwerfliches Treiben Thür und Thor zu öffnen, was uns vermöge der geschaffenen Organisation gelungen ist, und angesichts der trübten Erfahrungen, welche wir im 1885er Streit erlebt haben, haben wir von einem Eintreten in den Streit ab, erklärten aber die Forderungen der Maurer für durchaus gerecht und beschloffen, sie materiell reichlich zu unterstützen. Dies wurde thätlich abgelehnt, was uns nicht hinderte, persönlich zu thun, so viel wir konnten. Dies die Thatsachen.“

„Ob sich hieraus obige Beschuldigung begründen läßt, überlassen wir getrost dem Urtheil aller selbstthätigen Arbeiter.“

Wir betrachten den Streit als eine zweiseitige Waffe, die man nur im äußersten Nothfalle anzuwenden soll.“

Die Formir von Dresden eruchen um Ab- haltung des Zuzuges von Arbeitskräften, da in der Fabrik von Krüger & Witt wegen sanitätswidriger Einrichtungen und Mangelwesen eines Kollegen die Arbeit niedergelegt worden ist.

Sämmtliche arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Ueber die Verminderung und Beilegung von Arbeitszeinstellungen in England

läßt sich in dem neuesten Heft der Schmöller'schen Jahrbücher Herr Dr. v. Schulze-Gävernitz in einem Aufsatze vernehmen. Unter Bezugnahme auf die be- kannten Arbeiten Lujjo Brentano's über die eng- lischen Gewerksvereine („Die Arbeiterliden der Gegen- wart“ Bd. I und II) führt der Verfasser Folgendes aus: Bei dem Auftreten des gegenwärtigen „Industrie- systems“ wurden die Arbeiter von dem Unternehmer sehr herabgedrückt; sie fanden diesem, dem Käufer ihrer einzigen Waare, der Arbeitskraft, machtlos gegenüber. Dann folgte als zweites Stadium die Vereinigung der Arbeiter in den Gewerks- schaften, um im Wege des Kampfes bessere Arbeits- bedingungen zu erlangen; jetzt ist man in ein drittes Stadium eingetreten, wenigstens in einigen Industriezweigen; alle Kämpfe und Streitigkeiten um die Arbeitsbedingungen werden nach Möglichkeit vermieden, indem die Verei- nigung der Arbeiter und die Unternehmer sich über dieselben zu einigen suchen. Die Unternehmer — so sagt der Verfasser — kamen zu der Einsicht, daß sie die Arbeiter als gleichberechtigte Macht anerkennen müßten, daß ihr gegen- übergeordnetes Verhältnis nicht als solches der Unter- oder Ueberordnung, sondern als ein rein wirtschaftliches auf- gefaßt werden müßte, daß beide Theile bei Verfolgung ihrer eigenen Vortheile in gleicher Weise loyal handeln müßten. Auch die Arbeiter, die Gewerksvereine derselben, die früher ziemlich gewaltthätig aufgetreten waren, sahen ein, daß eine Aenderung eintreten müßte; man fing an, sich um die Verhältnisse des Gewerbes zu kümmern, um daraus ersuchen zu können, ob die Unternehmer eine Lohnsteigerung gewähren können oder nicht. Nun giebt es aber verschiedene Arten von Arbeitszeinstellungen. Da, wo es sich um ganz allgemeine Fragen handelt, z. B. um die Länge der Arbeitszeit, um die Höhe des Lohnes, überhaupt um allgemeine Arbeitsbedingungen, kann von einer Art gerichtlichen oder schiedsgerichtlichen Ent- scheidung kaum die Rede sein; denn jeder der streitenden Theile glaubt dabei im Rechte zu sein; ein Dritter kann nicht an der Hand von Thatsachen dem einen Theile Recht geben mit solcher Begründung, daß der andere überzeugt wird. Da handelt es sich um Nachfragen, um die Entschädigung wirtschaftlicher Forderungen, ob die Lage der betreffenden Industrie eine Aenderung der Arbeitsbedingungen gestattet. Hier giebt es eben nur eine Verständigung zwischen den beiden streitenden Theilen als einzigen Ausweg. Sind beide Theile organisiert, so wird eine Verständigung bei gutem Willen sich erzielen lassen. Streitigkeiten, die daraus entstehen, daß die Ar- beiter sich durch hochmüthiges Benehmen der Unternehmer und diese sich durch das Betragen der Arbeiter verlegt fühlten, werden wohl dann vermieden, wenn die Gleich- berechtigung von beiden Seiten eheflich anerkannt wird. Ueber solche verlegte Gesühle kann kaum ein Dritter, ein Fremder, entscheiden. Neben diesen, mehr die Einzelnen betreffenden Streitigkeiten giebt es noch eine andere Art: nämlich der Streit darüber, ob von dem allgemein an- genommenen oder gewohnheitsmäßig angewendeten Grund- sätzen der Arbeitsbedingungen dem einzelnen Arbeiter gegenüber begw. allen Arbeitern einer Fabrik gegenüber richtige Anwendung gemacht worden ist. — Der Verfasser zeigt sodann an einigen Beispielen, wie die Arbeitszeinstellungen bei betriebl. oder guter Organisation ver- mindert und Streitigkeiten friedlich beigelegt werden können. Persönliche Streitigkeiten werden von den lokalen Organen entschieden, und zwar von den lokalen Organen der Arbeiter und der ähnlich vereinigten Unternehmer.

Wenn eine Streitfrage durch Besprechung des Unter- nehmers und seiner Arbeiter nicht bereits vorher aus der Welt geschafft wird, dann giebt es zwei Wege: ent- weder wendet sich der Sekretär des Arbeitervereins an den Unternehmer und sucht zu vermitteln, oder es treten die beiderseitigen Organe in eine Untersuchung des Falles ein, wobei begreiflicherweise „verlegte Gesühle“ und ähnliche Dinge von vornherein aus dem Spiel bleiben. Erst wenn durch diese lokale Einwirkung keine Einigung erzielt ist, tritt dann die weitere Organisation, natürlich auch mit dem größeren Nachdruck, in Thätig- keit. Die Hauptsache dabei ist, daß während des Schwelbens der Streitfrage ruhig fortgearbeitet wird. Denn wenn die Arbeiter ohne Weiteres die Arbeit ein- stellen, wenn die Unternehmer die Arbeiter sofort ent- lassen würden, dann würden sie neben der öffentlichen Meinung auch ihre Vereine gegen sich haben, ohne ohne Stille sein. — Bei den allgemeineren Streitigkeiten, die mehr Nachfragen sind, wird meistens seitens der großen Organisationen verhandelt, beide Theile entsenden Delegrirte, die in Gegenwart der Sekretäre berathen. Gründe werden geltend gemacht, Gegenstände werden geföhrt. Beschloffen wird gemeinlich nichts, sondern jeder Theil sacht nach den gemeinsamen Besprechungen seine geson- derte Entscheidung. Die Sache hat sich aber so ent- wickelt, daß dabei die allgemeine Lage der Industrie von beiden Seiten berücksichtigt wird. Es ist vorzunehmen, daß die Unternehmer in eine Lohnverhöhung geneigt haben, ohne daß ein Zustand notwendig war, ebenso haben auch die Arbeiter schon mehrfach in Lohnherab- setzungen geneigt, um jede Störung der Industrie zu vermeiden.

Was Herr Dr. v. Schulze-Gävernitz hier bietet, ist ja nun allerdings für alle diejenigen, welche nur einiger- maßen in der Arbeiterbewegung Bescheid wissen, nicht neu; er geht, um zu zeigen, wie Arbeitszeinstellungen vermindert und beigelegt werden können, von bekannten Thatsachen aus. Auch wir haben vor einiger Zeit am Schluß unserer Artikel über die Baugewerke in Eng- land und ihre Thätigkeit (Nr. 10—13 und 21. laufenden Jahrganges) alle diese Thatsachen berücksichtigt. Immer- hin ist der Hinweis auf die betreffende Entwicklung der Dinge in England gegenwärtig von besonderem Werth in Rücksicht auf die aller Erstlichkeit und Vernunft spot- tenden Behandlung, welche die Unternehmervereinigungen und die Presse der herrschenden Parteien bei uns in Deutschland der Streitfrage zu Theil werden lassen.

Was lehrt uns denn die englische Arbeiterbewegung? Sie lehrt uns, daß das Koalitionsrecht der Ar- beiter zunächst als Kampfmittel nöthig war, um die Unternehmerschaft zur Anerkennung der Gleichberech- tigung der Arbeiter zu zwingen und daraufhin an die Stelle des Kampfes die schiedsrichterliche Thätigkeit, die Vereinbarung der Arbeits- bedingungen treten zu lassen. Durch das Koalitions- recht ist dieser Zustand für große Industriezweige er- reicht worden, nachdem nicht selten die Arbeitszeinstellungen, der Streit der Arbeiter mit den Unternehmern überhaupt, zu Gewaltthätigkeiten geführt hatte, gegen welche die Streitaussprechungen bei uns in Deutschland sehr unbedeutend und harmlos sich aus- nehmen.

Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Deutsch- lands, haben von jeher sich die erdentlichste Mühe ge- geben, die Unternehmer zu bewegen, den Streit um die Arbeitsbedingungen friedlich beigelegen und eine wirt- liche Vereinbarung zu Stande zu bringen. Aber da haben wir ja erlebt und erleben es noch täg- lich, daß die Unternehmer die Organisationen der Ar- beiter nicht anerkennen, ja, den Arbeitern über- haupt das Recht absprechen, mit Forderungen aufzutreten. Lautende von Beispielen sind dafür anzuföhren, mit welchem Fanatismus der Veruch der Arbeiter, mit den Unternehmern die Arbeitsbedingungen wirklich frei zu vereinbaren, seitens der Unternehmer als eine „Um- maßung“ als ein „unbefugter Eingriff“ in die sogenann- ten „Arbeitsrechte“ zurückgewiesen wird. Welch un- erhörte Beschimpfungen, als „Aufwiegler“, „Empör- er“, „Faulenzer“ usw. haben sich wohl schon deutsche Ar- beiter gefallen lassen müssen, wenn sie es wagten, die Unternehmer-Autorität in ruhiger und anständiger Weise mit Forderungen, betr. den Lohn und die Arbeits- zeit etc. anzugehen.

Die Regel ist die, daß jede Forderung der Ar- beiter, möge sie noch so beschiden sein, von den Unter- nehmern von vornherein als „unberechtigt“ oder gar „unverschämte“ bezichtigt wird. Immer wieder berufen wir uns auf das unparteiische Urtheil eines Schmöller, eines Brentano etc. dafür, daß die deutschen Unter- nehmer (von seltenen Ausnahmen abgesehen) noch weit davon entfernt sind, im Arbeiter einen Gleichberech- tigten zu sehen; daß sie mit ihren Anschauungen an- den Mißbräuchen der alten Herrschaftsverhältnisse haften und den Arbeiter als einen zur „Ehre und Dank- barkeit“ verpflichteten Untergebenen betrachten.

Dieser traditionelle „Herren-Gesinn“ läßt es nicht da- bei bewenden, die Arbeiterkoalition zu bekämpfen und zu verletzern und die sogenannten Herrn in Acht und Bann zu thun, nein, er wendet sich auch gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter selbst, er verlangt die Beschränkung oder wohl gar gänzliche Beilegung desselben, um den Arbeitern völlige Machtlosigkeit auf- zuerlegen. Und doch ist nur die Arbeiterkoalition auf dem Boden der vollen und ganzen Koalitionsfreiheit möglich und berufen, die Arbeitszeinstellungen zu vermindern und beigelegen.

Jeber mit den einschlägigen Thatsachen und Verhält- nissen bekannte Mensch, welcher der Wahrheit die Ehre geben will, wird unumwunden zugeben müssen, daß die Unternehmerschaft die Schuld an den von ihr so heftig beklagten Streiks selbst trägt; daß, wie Brentano sagt, lediglich ihre innere Unfähigkeit, die Arbeiter als Gleichberechtigte zu behandeln, zu den Mißbilligkeiten führt. Da liegt der Grund des Uebels, der „Streit- epidemie!“ Statt auf die Arbeiter zu schimpfen und gegen sie und ihr Koalitionsrecht in niedrigster Weise zu

hegen, sollte die sogenannte „gutgesinnte“ Presse, wenn sie vernünftigen und rechtlichen Erwägungen zugänglich wäre, den Unternehmern ihre Fehler und Sünden vorhalten und sie ermahnen, die Arbeiter als gleichberechtigte Wirtschaftsfaktoren zu achten und die Arbeiterkoalition als die berufene Vertreterin der gemeinsamen Interessen der Arbeiter zu respektieren. So lange die Unternehmer sich dazu nicht verstehen, so lange wird man vergeblich auf eine Annahme der Arbeitsbedingungen hoffen; alle ihre Angriffe auf die Arbeiterkoalition und das Koalitionsrecht der Arbeiter, alle ihre unehrerhörten Beschimpfungen und Maßregeln werden im Lohnkampfe befähigten Arbeiter bewirken das genaue Gegenteil von dem, was sie beabsichtigen: sie befähigen nicht, sondern erdittern; sie mildern nicht, sondern verschärfen den Kampf; sie vermindern die Streiks nicht, sondern vermehren sie und machen sie zu einem permanenten Uebel. Um so weniger aber sollten Regierungen und Polizeibehörden sich dazu bereit finden lassen, in die Arbeiterkoalition störend einzugreifen und den Gebrauch des Koalitionsrechtes des Arbeiters zu erschweren oder gar ganz unmöglich zu machen, während die Unternehmer-Koalition ungehindert schalten und walten lassen, ja ihr unter Umständen sogar direkte Unterstützung gegen die Arbeiter zu Theil werden lassen.

Ohne Zweifel haben die Arbeiter an der Verhinderung und Verminderung der Streiks ein eben so großes Interesse wie die Unternehmer; der Zweck ihrer Organisationen ist ausgesprochen ermahnen und hauptsächlich ja auch darauf gerichtet, Streiks möglichst zu verhüten. Aus diesem Grunde eben ist es der Gipfel aller Thorheit, zu glauben, es werde mit Befestigung oder Einschränkung des Koalitionsrechtes der Arbeiter dem „sozialen Frieden“ gebietet. Auch in diesem Punkte kann belamäntlich England als Beispiel dienen. Wie dort, so hat auch bei uns in Deutschland die Arbeiterkoalition die Tendenz, durch den ihr von der Unternehmerschaft aufgebrungenen Kampf hindurch zu einer rein geschäftsmäßigen Vereinbarung der Arbeitsbedingungen zwischen beiden Parteien zu gelangen. Das unglück und geradezu rohe Gebahren der Unternehmerschaft gegen die Arbeiterkoalition kann die Entwicklung zu diesem Punkte — der allerdings nicht die Lösung der Arbeiterfrage bedeutet — nur fördern. Statt den Arbeitern die Anerkennung ihrer in der ganzen Staats- und Gesellschaftsordnung begründeten Gleichberechtigung offen und ehrlich entgegenzubringen und damit den Boden für friedliche Einigung zu schaffen, zwingt man sie, für diese Anerkennung erst noch die Sünden zu kämpfen! Und das thun in Deutschland Leute, welche sich für die berufensten Vertreter und Hüter der „Ordnung“ halten!

Wenn unsere Unternehmer dahin gelangen, dem Beispiele ihrer englischen Kollegen zu folgen, von denen Dr. v. Schütze-Gabernitz sagt, daß sie zur Einsicht kamen, die Arbeiter als „gleichberechtigte Macht“ anzuerkennen zu müssen, so würden sie der Gesellschaft einen besseren Dienst erwiesen, als durch die Feindschaft gegen die Arbeiter beobachtete Taktik der Leberhebung, der Verhöhnung und Verleumdung.

Glossen zu den Verhandlungen und Beschlüssen des Verbandstages der Baugewerkmeister.

„Niemand kann seinem Schicksal entgehen.“ — dieses alte Wort wendet die Berliner „Vollszeitung“ auf den Herrn Felsch an. Wie der Reichszugler von den Hänflern in Hamburg vor vier Wochen, so ist jetzt Herr Baumeister Felsch von den Oberinspektoren des Baugewerks für „zu liberal“ erklärt, obgleich Herr Felsch seit 1871 alles rechtlich gethan hat, um seinen Ruf als Reaktionsär in der Arbeiterbewegung zu verdienen. Kein Blatt hat dem verhasstenen Streikminister so blutige Thränen nachgeweiht, keines hat solche Subelfanfaren erschallen lassen über den Putzamerikanischen Streikerlaß, als die „Baugewerksztg.“ und noch in ihrer Nummer vom 28. August brachte dieselbe gleichsam als Gruß für den Delegirten ein paar Verfügungen welsand Friedrich Wilhelm's I., welche vor 167 und mehr Jahren gegen die „Hänfler“ unter den Maurern und Zimmerern gerichtet waren und seitens der Redaktion mit dem Stohp begleitet waren, daß die Regierung von Anno Dazumal jedenfalls ganz anders mit einem „Generalstreik“ umgegangen sein würde. Und nun doch „zu liberal.“ In der That, Unbunt ist der Welt Lohn.

Was nun die Reskripte des Soldatenkönigs anbelangt, so scheinen die Herren, welche eine so große Sehnsucht nach der vormaligen vaterländischen Nacht befanden, ganz zu vergessen, daß Friedrich Wilhelm's I. Stod ganz sicher auch den Milden derjenigen geküßelt hätte, welche die schöne liebe Zeit auf ihren „Tagen“ verbrübeln und dabei sich noch unterfangen, der Regierung gute Rathschläge über zu treffende Maßnahmen, oder gar, wie es auch diesmal wieder geschehen ist, der Regierung und Polizei Borwürfe über mangelnde Schärfe zu machen. Für solche Hänfler, um mit den Worten des Reskripts zu sprechen, hatte Friedrich Wilhelm I. eine eben so große Vorliebe wie für Reaktionsneure vom Schlage der Zimmereister, und es hätte diesen in jener guten alten Zeit wohl leicht passieren können, daß der allergnädigste Bundesvater sie in ihren Störungen allerhöchst so traktirt hätte, wie jener schlechte Junker seine Dienstmagd.

Uebrigens war der Verbandstag der Baugewerkmeister den anderen Hünflertagen auch wieder um eine Astenlänge voraus und man darf gespannt darauf sein, wie Regierung und Reichstag sich mit der Forderung des Befähigungsmaßwelses in der Form, wie er von diesen Oberinspektoren verlangt wird, abfinden werden. Bekanntlich soll den Maurermeistern, Zimmermeistern und Steinmetzmeistern nach bestandener Prüfung das Recht zustehen, jedes der drei genannten Gewerbe auszuüben, nur die Befähigungsanbildung soll allein in thatsächlich erlernten Gewerbe gestattet sein. Damit ist also in bitren Worten ausgesprochen, daß ein Zimmermeister Mauern aufzuführen,

Gewölbe konstruiren und steinere Treppenanlagen machen darf, oder daß ein Maurermeister das nützige Verständnis für Zimmerarbeiten ohne Prüfung besitzt. Die Steinmetzen scheinen nach dieser Theorie diese Fähigkeiten gleichfalls schon in der Wiege zu empfangen. Dieselben Leute also, welche jeden Maurer- oder Zimmerparlier, der in seinem Handwerk in Ehren alt und grau geworden ist und Hunderte von großen Bauten geleitet hat, für einen Pflücker erklären, weil er die Komödie der Prüfung nicht durchgemacht, verlangen für sich die Berechtigung zum Prüfen reichsgegenehlich verbißt. Denn thatsächlich ist die Forderung genau dasselbe, als wenn einem geprüften Schmiebmesser das Recht zur Fertigung von Brahmahälsskoffern für Geldschranke oder Hausstufschlössern ausgesprochen, oder einem Säbneider gestattet wird, leberne Jagdhäsel zu machen. Ob wirklich, wie auf dem Delegirtenstage behauptet worden ist, ernsthaft liberale Reichstagsabgeordnete geneigt sind, auf solchen Befähigungs-humbung einzugehen, darf man wohl mit Recht bezweifeln. Nach der bisherigen Haltung der Regierung gerade in dieser Frage, scheint es aber ausgeschlossen, daß dieselbe der Forderung der Baugewerkmeister in jener geradezu ungeheuerlichen Form zustimmen wird.

Ein anderes Witz! — Namens der Kommission für die besonderen Anträge beantwortete Berndts-Danzig eine Anfrage der Baugewerks-Zinnung Braunschweig: „Besteht in den größten Städten des deutschen Reiches für die Tagelohnsarbeiten irgend ein fester prozentualer Zuschlag bei Berechnung des sog. Meisterlohns?“ dahin, daß in Berlin, Königsberg i. P., Stettin und Danzig dieser Meisterlohsatz pro Gelle Mk. 1 (bei zehnjähriger Arbeitszeit) beträgt. In Hamburg wird derselbe pro Arbeitsstunde und Gelle mit 10 Pf., für den Arbeiter mit 5 Pf. berechnet; außerdem kommen noch 2 pSt. der gezahlten Löhne für die Kosten zu den Kranken kassen und der Unfallversicherung zur Berechnung. In den kleineren Städten ist dieser Meisterlohsatz (der Verdienst des Meisters bei Tagelohnsarbeit) gewöhnlich 3 Pfennig pro Arbeitsstunde.

Diese Mittheilungen sind unbedeutend. Einmal zeigen sie, was der sogenannte „Meisterlohsatz“ dem Unternehmer einträgt. Von ganz besonderem Interesse aber ist das Eingeländniß, daß die Unternehmer hier in Hamburg (und gewiß auch in anderen Städten) ihre Beiträge zu der Kranken- und Unfallversicherung mit 2 pSt. der gezahlten Löhne in Ueberechnung bringen. Sie wälzen also diese Beiträge auf den Auftraggeber ganz direkt ab, während sie gleichzeitig bemüht sind, auch die Arbeiter noch zur Entschädigung in der einen oder der anderen Form herauszugeben. Wir haben schon öfter dargelegt, daß diese Praxis durchweg von den Unternehmern gebüht wird. Nichtsdestoweniger jammer man über die „schweren Lasten“, welche die Versicherung den Unternehmern auferlegt, über die schweren Summen, die sie angehängt aus ihrer Tasche im Interesse der Arbeiter zahlen müssen, und wofür sie die Arbeiter zur „Danbarkeit“ gegen sich verpflichtet glauben.

Im nächsten Artikel wollen wir uns mit dem Vortrage des Herrn Felsch über die Arbeitsverhältnisse beschäftigen.

Gerichts-Chronik.

* **Beleidigte inunngemeisterliche Anschuld.** Zu dem Vertrauensmann der Maurer Würzgers, Herrn Kopsch, kamen im März d. J. an verschiedenen Tagen mehrere zugereifte Zimmergesellen, um das „Gesicht“ zu erheben. Auf die Frage, wer sie dahin gekommen, erklärten sie, der Zimmermeister Fichau, bei welchem sie um Arbeit angesprochen, habe ihnen erklärt: „Geht mit bei Kopsch auf der Meide 23, da giebt es das „Zinnungsgesicht“. Diese inunngemeisterliche Unverschämtheit war nun allerdings für Herrn Kopsch kein Grund, den fremden Gesellen eine Unterstüßung vorzuenthalten, wohl aber richtete er an den Hünfler einen Brief, in welchem er sich die Unverschämtheit, ihm fremde Gesellen zur Erhebung eines „Zinnungsgesichtes“ zuzuschicken, ernsthaft verbat und u. A. ironisch bemerkte, ob denn die „armen Zinnungmeister“ selbst keinen Pfennig mehr für einen zureichenden Bauhandwerker hätten, und daß die Würzgerer Gesellen nicht gewillt seien, Geschenke für den „Zinnungsummel“ zu geben. Durch diesen eine inunngemeisterliche Unverschämtheit zurückweisenden Brief fühlten sehr der Zinnungsmeister sich beleidigt. Sie strengten eine Beleidigungsklage gegen Herrn Kopsch an und hatten denn auch die Bemühtung, daß derselbe am 29. August vom Würzgerer Schöffengericht wegen „Beleidigung der Zinnung“ zu M. 50 Geldstrafe verurtheilt wurde.

Situationsberichte.

Maurer.

Oderleben. Wie bereits in voriger Nummer dieses Blattes mitgetheilt, wurden die hiesigen Meister auf Beschluß der am 7. September abgehaltenen öffentlichen Maurerverammlung aufgefordert, sich bis zum 11. d. M. zu erklären, ob sie die gestellten Forderungen bewilligen. In der am letzten Datum fertiggefundenen Versammlung wurde nun die von den Meistern abgegebene Antwort verlesen, welche dahin lautet, daß der neue Lohnsatz am 16. d. M. in Kraft treten soll. Außer dem im vorigen Berichte angegebenen Forderungen verlangen wir einen Minimallohn von 33 s pro Stunde und zwar in jeder Jahreszeit, wogegen die Meister für den Winter 2 s weniger pro Stunde zahlen wollten. Die Versammlung beschloß, mit dem nächsten Morgen die Arbeit einzustellen, was denn auch auf allen Bauten ausgeführt wurde. Wir eruchen nochmals um strenge Fernhaltung des Zuguges.

Nach den neuesten Nachrichten haben die Meister noch am Tage der Streikproklamation die Forderungen in ihrem vollen Umfang bewilligt, so daß die Arbeit überall wieder aufgenommen ist.

Bremen. Der Streik dauert unverbändert fort. In einer am 7. September in „Evers Hotel“ abgehaltenen Versammlung der Streikenden ver-

öffentliche Herr Weder folgende an ihn adressirte Antwort der Zinnung „Bauhütte“:

Herrn C. Weder, hier.
Indem ich Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 4. September bestätige, theile Ihnen mit, daß die Meister wohl geneigt sind, mit den Gesellen zu unterhandeln. Angesichts der Auslassung jedoch, welche die streikenden Maurer in dem belamänten Flugblatte niedergelegt haben, kann die Bauhütte weder mit einem Streikkomitee noch mit einer Lohnkommission verkehren. Sie beabsichtigt vielmehr mit den jetzt arbeitenden, einem Fachverein nicht angehörenden Gesellen einen Gesellenausschuß zu errichten, und muß die Bauhütte den streikenden Gesellen anheimgelassen, ob sie sich dann mit dieser Korporation in Verbindung setzen wollen.

Der Obermeister: H. Strudmann.

Herr Lorenz aus Hamburg kritisirte den Inhalt dieses Schreibens in gebührender Weise und wies darauf hin, daß die Zinnung durch dasselbe auf das Klarste die Absicht, den Fachverein der Bremer Maurer zu zerören, dokumentire. Redner ermahnte die Anwesenden, sich durch die Thatfache, daß eine kleine Anzahl Bremischer Maurer sich zu solchem Gauselspiel herbeige, nicht von der Organisation abspenstig machen zu lassen, sondern dieselbe umso mehr hoch zu halten. Sämmtliche Redner, die an der Diskussion über den Brief theilnahmen, unterstützten diese Ansicht, worauf sich die Versammlung ebenfalls einstimmig dafür erklärte, dem von der Zinnung gestellten Verlangen einmüthig Widerstand zu leisten und nach wie vor für die Erlangung der gestellten Forderungen einzutreten. — Am 8. September fand wiederum in demselben Lokale eine Versammlung statt, an welcher einige Parliere theilzunehmen versprochen hatten. Dieselben hatten es jedoch für räthlicher gehalten, diesem Versprechen nicht nachzukommen. Nachdem Herr Weder über den Verlauf des Streiks im Laufe der Woche berichtet hatte, legte einer der durch falsche Versprechungen seitens eines Agenten zu Breslau angeworbenen Kollegen, Namens Heintzsch, den an ihnen erübten Betrug klar; man habe ihnen bei der Anwerbung auf seine Anfrage, ob in Bremen ein Streik der Maurer vorhanden sei, erklärt, daß das nicht der Fall, sondern, daß dort großer Mangel an Arbeitskräften existire. Man habe ihnen einen Stundenlohn von 50 s versprochen, aber nur 40 s gezahlt, weshalb sie nun Bremen wieder sämmtlich verlassen würden. Sämmtliche Redner sprachen ihre Entrüstung über diese Manipulation aus; zum Schluß legte Kollege Heintzsch den Anwesenden ein Gerz, für die weiteste Verbreitung des „Grundstein“ unter dem Publikum einzutreten, damit die wahre Sachlage überall bekannt werde. — Am Donnerstag, den 12. September, fand alsdann eine öffentliche Versammlung sämmtlicher Gewerkschaften Bremens in der „Zentralhalle“ statt. Herr Weder legte zunächst die Lage des Streiks klar und erläuterte, daß es sich jetzt hauptsächlich um die Vertreibung der Maurerorganisation handle. Herr Busse (Maurerarbeiter) forderte die streikenden Maurer zu stillen, dem Ernste der Situation angemessenem Betragen auf, um die Sympathie des Publikums nicht zu verlieren. Hierauf meldete sich Herr Paul aus Hannover zum Wort, dem aber vom überwachenden Polizeikommissar die Theilnahme an der Debatte nicht gestattet wurde, weil er nicht in Bremen wohnhaft und außerdem bei der Versammlungsbekanntmachung nicht als Referent angegeben sei.

Alsdann schilderte ein aus Prag importirter Maurer die Art und Weise der von den Agenten in Böhmen betriebenen Anwerbung; nachdem er und seine Kollegen hier am Orte erst die Wahrheit erfahren haben, fühlten sie sich als solbaldig mit den streikenden Bremern, ebenfalls zur Abreise verpflichtet; es fehlten jedoch die sehr beträchtlichen Mittel zur Abreise. Herr Bruner erläuterte in einem eingehenden Vortrage die Bedeutung des Koalitionsrechtes der Arbeiter und beleuchtete die jetzt überall zu Tage tretenden Verbrechen der arbeitserfindlichen Elemente, dieses Recht für die Arbeiter zu vernichten. Herr Lorenz aus Hamburg, der als Referent für diese Versammlung angemeldet war, kritisirte die seitens der reaktionären Presse seit längerer Zeit geforderte Einführung der Bestrafung des Kontraktbruchs für gewerkschaftliche Arbeiter in Rücksicht auf die Arbeitsverhältnisse und wies nach, daß gerade die Bremer Meister die importirten Böhmen und Schlester zum Kontraktbruch verleitet hätten, während bei den Bremer Maurern von einem Kontraktbruch, wie ihn der „Bremer Courier“ in seiner Nummer vom 25. August konstruirt habe, keine Rede sein könne, da überhaupt im Bremer Baugewerbe eine Kündigungszeit nicht üblich gewesen sei. Der oben angeführte Kollege aus Prag konstatarie sodann, daß nur ein Theil der nach Bremen angeworbenen Böhmen aus geleerten Mauern bestöhe; es sei bei der Anwerbung kein Unterschied zwischen Mauern, Schäfern, Schweinehirten usf. gemacht worden. Ferner schilderte derselbe Redner, wie die von den Agenten gemachten Versprechungen eingehalten werden; man habe den Angeworbenen das Versprechen voller Befestigung und Verpflegung während der Reise gegeben. Auf dieses Versprechen hin hätte sich Niemand mit Geld versehen und so hätten sie sammt und sonders im buchstäblichen Sinne des Wortes hungern müssen. Nachdem mehrere Redner ihre Entrüstung über diese That der „nationalen“ Bremer Zinnungsmesser ausgesprochen, forderte Herr Bruner die Vertreter sämmtlicher Gewerkschaften auf, für die Unterstüßung der Streikenden einzutreten. Mit einem kräftigen Appell an die Besten, sich vom geschlichen Wege durch keinerlei Provokationen abdrängen zu lassen, wurde die Versammlung vom Vorigenden geschlossen, worauf eine Zellersammlung stattfand.

Hamburg. Vor Eintritt in die Tagesordnung der am 12. September abgehaltenen Mitgliedsversammlung des Fachvereins der Maurer von Hamburg wurden zu Kontrollzwecken für die nächsten vier Wochen die Herren Tesch, Kunge, Kook und Schläter gewählt.

Zur Tagesordnung verlas zunächst Herr Büttger die Abrechnung für den Monat August; dieselbe ergab für die Vereinstasse bei einer Einnahme von M. 1199.88

seines Vortrages, wie berechtigt die Forderungen der Arbeiter nach einer wirtschaftlichen Besserstellung seien, Forderungen, welche unter den derzeitigen Verhältnissen nur durch eine Arbeitseinstellung durchgedrückt werden können. Trotz der Berechtigung der Arbeitseinstellungen würden dieselben gesittlich als frivol bezeichnet. Namentlich sei dies bei dem letzten Maurerstreik der Fall gewesen, obgleich die Bauunternehmer den größten Vortheil davon haben, indem sie den Streik zum Vorwand nehmen, um auf das Arbeitsprodukt einen ganz unerhörten Preisaufschlag zu legen. Dieser Vorwand werde nun aber auch von anderen Leuten benützt und die Steigerungen der Mieten in Häusern, welche vielleicht schon 50 Jahre vor dem Streik errichtet worden seien, mit dem Maurerstreik begründet. Zahllosmäßig wies der Vortragende nach, daß nicht die Kapitalisten, sondern die Konsumenten die Lohnerhöhungen zu tragen hätten und daß der produktive Arbeiter einen weit geringeren Vortheil aus der Arbeitseinstellung ziehe, als der Kapitalist. Beobachtet sei es, daß sich zur Zeit des Maurerstreiks Arbeiter gefunden hätten, welche die Forderungen der Maurer für ungerecht erklärten. Redner behauptete lebhaft, daß gegen den Wohnungsvorwurf noch keine Gehele geschaffen seien. Die Mietsteigerungen wurzeln nicht in den Lohntforderungen der Arbeiter, in den Arbeitseinstellungen, sondern in der unerfülllichen Gier des Kapitals nach immer größerem „Verdienst“, den die Arbeiter indirekt wieder aufbringen müßten und wodurch die Lebenshaltung der Arbeiter auf's Äußerste heruntergedrückt werde. (Geßharter Beifall.) Die Herren Weise, v. Salsky, Freybank u. A. erwiderten das zur Tagesordnung gehende Thema in vollster Gründlichkeit, wiesen klipp und klar nach, daß den exorbitanten Mietsteigerungen ganz andere Ursachen zu Grunde liegen, als die durchaus berechtigten Lohnverhöhungen bzw. Arbeitseinstellungen der Arbeiter, und befaßen sich alle Redner in vollster Uebereinstimmung mit der Versammlung, wie der lebhafteste Beifall bewies, der den Ausführungen der Redner gesollt wurde. Nach einem Schlußworte des Referenten und nachdem der Vorsitzende demselben den Dank der Versammlung abgestattet hatte, trat die Versammlung in den Punkt „Verständenes“ ein. Herr Karl Schmidt gab zunächst die Erklärung als Referent ab, daß Klasse und Bürger in schönster Ordnung seien. Die Versammlung beschloß ferner, Herrn Friedrich Müller (früheren selbstvertretenen Vorsitzenden vom Norden) zur nächsten Versammlung einzuladen, um in seiner Gegenwart über seinen eventuellen Ausschluß aus der Vereinigung zu verhandeln. Die Vorklage im weiteren wie engeren Sinne beschloß die Versammlung in längerer Weise. Zur einstimmigen Annahme gelangte in erster Linie folgender Antrag: „Die heutige Versammlung beschließt: Da die Brauerei „Böhmisches Brauhaus“ ihre Lokaltät zur Abhaltung von Arbeiterversammlungen nicht geneigt, dort dieses Lokal zu meiden und ebenso diejenigen Wirtschaften nicht zu besuchen, in denen Bier aus der Brauerei „Böhmisches Brauhaus“ versetzt wird und zwar so lange, bis die Brauerei „Böhmisches Brauhaus“ ihre Lokaltät zur Abhaltung von Arbeiterversammlungen geneigt.“ In zweiter Linie handelte es sich um die Beschaffung eines Mutterlokales für die Vereinigung, da das bisherige Stammlokal der Dörschel (Sebastianstraße) aus gewissen Gründen aufgegeben werden mußte. In Aussicht genommen war das Schifferlokal, die Versammlung nahm jedoch hiervon Abstand, indem sie das Lokal beim besten Willen für zu klein für die bereits 4000 Mitglieder zählende Vereinigung erachtete. Da also noch keine endgültige Wahl getroffen wurde, so erluchte der Vorsitzende, bei den Anknüpfungen zu den stattfindenden Versammlungen genau auf die Angabe des jeweiligen Lokales zu achten. Nachdem derselbe dringend ermahnt, nicht in den Winterurlaub zu verfallen, sondern reger zu agitieren, sowohl für die große Sache, welche die Maurer bewegt, als auch für die Degeneration, damit diese im nächsten Frühjahr doppelt so stark sich erweise, als es heute der Fall sei, schloß er um Mitternacht die Versammlung.

Wandsbeck. Der Fachverein der Maurer Wandsbeks hielt am 10. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, seine regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung ab: 1. Zünner Vereinsangelegenheiten. 2. Abrechnung vom Monat August. 3. Protokoll. Der Vertreter des Fachorgans wies zunächst darauf hin, daß am 1. Oktober das neue Quartal beginne, und forderte zu zahlreichem Abonnement auf. Hierauf wurde einem frankten Mitgliede eine Unterstützung von M. 20 bewilligt. Ueber den in Nr. 36 des „Grundstein“ enthaltenen Artikel „Der Arbeitsnachweis und sein Werth für die Arbeiter“, entspann sich eine lebhafteste Debatte, an welcher sich die Herren Fropp, Bremer, Efftinger, Wenzel, Witticher und Hamann beteiligten. Im Prinzip sprachen sich sämtliche Redner dafür aus, daß der Arbeitsnachweis sich in den Händen der Gesellen befinden müsse, jedoch herrschte getheilte Ansicht über die Handhabung des Arbeitsnachweises. Auf Antrag des Herrn Hamann wurde beschloffen, die weitere Diskussion über diese Angelegenheit zu einer späteren Versammlung zurückzustellen. Alsdann wurde die Abrechnung vom ersten Kassierer vorgelesen und für richtig befunden. Der Kassierer theilte hierauf mit, daß schon wieder fünf Mann drei Monate hindurch den Beitrag nicht entrichtet hätten und somit aus dem Verein ausgeschlossen seien. Die Namen derselben lauten: B. Raape, A. Raape, A. Howe, C. Wahr und A. Lehn. Da im Protokoll keine Fragen enthalten waren, erfolgte um 10 1/2 Uhr Schluß der Versammlung, nachdem der Vorsitzende die Mittheilung gemacht hatte, daß Herr Efftinger in der nächsten Versammlung einen Vortrag über „Zweck und Nutzen unseres Vereins“ halten werde.

Frankfurt a. M. Am 2. September fand hier eine Mitgliederversammlung des Fachvereins der Maurer von Frankfurt und Umgegend im Saale „Zum Stein“ statt mit der Tagesordnung: 1. Klassenbericht. 2. Festwahl des Vorstandes. 3. Bericht des Referenten. Der zweite Vorsitzende eröffnete die Versammlung um 8 1/2 Uhr

Abends und ertheilte dem Kassierer, Herrn Reutl, das Wort zur Verlesung der von den Referenten beglaubigten Abrechnung. Zum zweiten Punkte wurde als erster Vorsitzender Kollege Bonn, als zweiter Kassierer Kollege Feucht und als Referent Kollege Ross gewählt. Nachdem Kollege Bonn der Versammlung den Dank für das ihm bewiesene Vertrauen ausgesprochen, wurde zum dritten Punkte der Tagesordnung übergegangen, bei welchem Kollege Ross die durch den schwachen Versammlungserfolg bewiesene Bauheit der Maurer in Frankfurt energisch tadelte. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß die statistischen Formulare spätestens bis zum 10. Oktober einzuliefern seien und forderte zu zahlreicher Ausfüllung der Formulare auf. Kollege Scheibel machte alsdann den bisherigen Vorstände den Vorwurf, die Agitation in der Umgegend vernachlässigt zu haben, was jedoch vom Vorsitzenden entschieden bestritten wurde. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Naumburg a. S. Am 30. August, Abends 8 1/2 Uhr, tagte im Rindrich'schen Lokale eine öffentliche, leider sehr schwach besuchte Maurerverammlung, in welcher Kollege Staniag aus Hamburg über folgende Tagesordnung sprach: 1. Die Gewerkschaftsbewegung in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft und der Werth statistischer Erhebungen. In das Bureau wurden gewählt die Kollegen: R. Anse als Vorsitzender, S. G. S. als Stellvertreter, F. A. Haupt als Schriftführer. Der Vortrag des Referenten wurde mit großem Beifall aufgenommen und seitens des Vorsitzenden im Namen der Versammlung Kollegen Staniag der Dank ausgesprochen. Auch gab Redner seinem Bedauern über den schwachen Besuch der Versammlung Ausdruck. Um 10 1/2 Uhr erfolgte Schluß der Versammlung. Zu der Thatsache des so wenig zahlreichen Versammlungsbesuches sei noch bemerkt, daß derselbe Mithin sich auch in den Mitgliederversammlungen bemerkbar macht, und zwar seit dem verhältnismäßig so glücklich beendeten kurzen Streik. Man giebt sich eben in ungeheurer Verblendung der Meinung hin, daß ein Rückgang des Lohnsatzes jetzt nicht mehr eintreten könne und vernachlässigt daher die Organisation. So sind die Verhältnisse hier am Orte, und es wird die Zeit kommen, wo der Lohn hier wieder auf 23 S. sinken wird; dann werden die Herren Kollegen zu spät zu der Einsicht kommen, daß sie selbst Schuld an der Verschlechterung ihrer Löhne haben.

Maurer und Zimmerer.

Altona. Eine öffentliche Versammlung der Maurer und Zimmerer Altonas tagte am Freitag, den 13. September, Abends 8 1/2 Uhr, mit folgender Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen des Koalitionsrechtes für gewerbliche Arbeiter. 2. Wo wird unser Lohnsatz nicht innegehalten? In das Bureau wurden gewählt die Herren Weick als erster, R. F. als zweiter Vorsitzender, und Vorneumann und David als Schriftführer. Zum ersten Punkte der Tagesordnung sprach Herr D. Meyer aus Hamburg. Redner führte aus, daß seit Proklamirung des deutschen Reiches die Reichsregierung zwar bestritt gewesen sei, Reichsgesetze zu erlassen, daß aber ein Erlass eines einheitlichen Vereinsgesetzes bisher nicht gedacht worden sei und daher alle bestehenden Organisationen sich noch den verschiedenen Landesgesetzen anpassen müßten. Redner erläuterte die verschiedenen gesetzlichen Bestimmungen und schärferte den Einfluß des Koalitionsrechtes auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter. Trotzdem nur durch willkürliche Auslegung des Koalitionsrechtes die materielle Lage der Arbeiter in etwas verbessert werden könne, machten doch sämtliche herrschenden Parteien Anstalten, dieses Recht für die Arbeiter zu verkrümmen. Auch schärferte Redner das Verhalten der Behörden den gewerblichen Vereinigungen gegenüber und meinte, daß durch Kenntniß der gesetzlichen Bestimmungen der Willkür der Behörden entgegen gewirkt werden könne. Dann wurde zur Ergänzungswahl der Lohnkommission geschritten, indem ein Kommissionsmitglied seinen Pflichten nicht nachgekommen war. Gewählt wurde der Zimmerer Herr Rodt. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung wurde über das Baugeschäft von Elbe, über welches seinerzeit die Bauperre verhängt wurde, berichtet, daß dort der Lohnsatz jetzt eingehalten werde. Es wurde ein Antrag angenommen, daß zwei Lohnkommissionsmitglieder mit Herrn Elbe persönlich Rücksprache nehmen sollen, ob er jetzt den Lohnsatz anerkenne, damit die Bauperre aufgehoben werden könne. Ferner wurde noch der Antrag angenommen, mit dem Inhaber der Firma F. Schmidt eine gleiche Unterredung zu pflegen, da dem Vernehmen nach, dort jetzt ebenfalls der Lohnsatz eingehalten werden soll. Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Bauhändler.

Wurzen. Am 10. September fand hier eine öffentliche Bauhändlerversammlung statt, in welcher Herr Meyer aus Leipzig über die Zünnerbestrebungen im Gegenlatz zu den Bestrebungen der Arbeiterkoalitionen referirte. In einem wohlüberdachten Vortrage führte Redner aus, daß die Zünnerbestrebungen sich auf die völlige Vernichtung des Koalitionsrechtes für die Arbeiter konzentriren, während die Aufrechterhaltung und Erweiterung dieses Rechtes die höchste Aufgabe der Arbeiterkoalitionen sein müsse. Und zwar müsse jeder Arbeiter hierfür eintreten und nicht, wie es so oft geschieht, theilnahmslos zusehen und von den Führern bzw. den Vereinsvorständen alle Agitation geleistet verlangen. Mit einer beherzigenswerthen Mahnung zum Abonnement auf den „Grundstein“ schloß Redner den von der Versammlung befaßten aufmerksamen Vortrag. In der Diskussion tadelte Herr Kopsch die Bauheit der Wurzen Bauhändler in Betreff des Versammlungsbesuches; auch sprach Redner seinen Unwillen darüber aus, daß die große Mehrzahl der Kollegen jetzt, wo die Tage kürzer werden, sich mit einer halben Stunde Mittagspause begnügen, während alle anderen Handwerker und Arbeiter an der einstündigen Mittagspause festhalten. Man möge die halbe Stunde lieber zum Lesen des „Grundstein“ benutzen.

Nordhausen. (Verspätet.) Trotz aller aufgewendeten Mühe war es uns nicht möglich, hierorts zur Abhaltung einer öffentlichen Bauhändlerversammlung, in welcher Herr Staniag aus Hamburg referiren sollte, ein Lokal aufzutreiben. Wir waren also darauf angewiesen, uns mit dem Referenten privatim zu unterhalten. Herr Staniag ertheilte uns bei einem Glase Bier so manchen guten Rath, dem wir für die Zukunft treulich folgen werden. Einige Briefe, oder gedruckte Mittheilungen bitten wir an den Mauret Gottlieb Wedler, Frauenberg 31, zu adressiren.

Spremberg. Am Sonntag, den 18. August, feierte der hiesige Fachverein der Bauhändler sein viertes Stiftungsfest, bestehend in Festzug und Schießenschießen; leider zeigte sich hierbei, daß der Verein, aufstakt in der Zahl seiner Mitglieder zunehmenden, bedeutend abgenommen hat. Es existiren hierorts circa 170 Maurer, Zimmerer und Dachdecker, von diesen wohnen die meisten in den umliegenden Dörfern und halten es nicht der Mühe werth, sich dem Verein anzuschließen, so daß derselber nur 45 Mitglieder zählt. Wögen die Worte des Herrn Limbach nicht auch wieder fruchtlos an ihnen vorübergehen.

Spremberg. Am 4. September sprach in einer hierorts im Fraßel'schen Saale abgehaltenen Bauhändlerversammlung, zu welcher auch alle übrigen gewerblichen Arbeiter eingeladen waren, Herr Limbach aus Hamburg über: 1. Die Fachvereine und die Zünner. 2. Der Maurertongreß in Halle a. d. S. Redner erläuterte in längerer Ausführungen die Aufgabe der Fachvereine überhaupt. Zudem er auf die Zeit, wo ein Koalitionsrecht der Arbeiter noch nicht existirte, hinwies, behauptete er es zugleich, daß die Arbeiter von dem Rechte der Vereinigung, welches seit 1868 besteht, nicht den ausgiebigsten Gebrauch gemacht haben. Zwar habe in der Zeit von 1875-82 ein schwerer Druck auf den Koalitionsbestrebungen gelastet, man habe aber selbst in leitenden Kreisen einsehen gelernt, daß eine große Arbeitergesellschaft nicht ohne jede Bewegung sein könnte. Allen voran seien dann die Bauhändler gegangen. Wenn die Organisation bis jetzt auch nicht besondere positive Erfolge aufzuweisen hätte, so liege dies in dem großen Indifferentismus, welcher in einzelnen Landesstellen die Arbeiter von jeder Organisation fern hält. In anderen Falle habe aber die Organisation geistig gebildet, was nicht zu unterschätzen sei; ohne eine solche Bildung könne der Arbeiter auch vernünftigerweise seine Forderungen stellen. Man solle die Organisation nicht auf die leichte Schulter nehmen. Nachdem Redner den Textarbeitern Sprembergs den Rath ertheilt hatte, sich ebenfalls zu organisiren, schärferte derselbe in eingehender Weise das Wesen und die Bestrebungen der heutigen von verschiedenen Seiten geschäffelten Zünner. Zunächst erläuterte er die wahre Bedeutung und somit die Wichtigkeit der Gesellensauschüsse und dann die hauptsächlichste Bestrebung der Zünner, die Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, welche vor Allem von dem Organe der ersten, der „Baumeister-Zeitung“, mit allen nur erdenklichen Mitteln angestrebt und befristet werde. Auch die gesammte Kartellpresse unterzog Redner einer scharfen Kritik und empfahl derselbe besonders den Maurern das Abonnement auf das vom Kongresse befaßte Fachorgan „Der Grundstein“. Zum Schluß beleuchtete der Referent noch kurz die Ursachen der Vertheuerung der Lebensmittel in Deutschland. In der Diskussion ging Herr W. auf die Umredung des Referenten, betreffend die Gründung eines Fachvereins der Textilarbeiter, ein, indem er ansführte, daß auch diese Branche ihren Fachverein gehabt habe, welcher leider ein Opfer der §§. 8 und 16 des preussischen Vereinsgesetzes geworden sind. U. A. Uebzigen erklärte sich Redner im Prinzip für Fachvereine sowie Arbeiterorganisationen überhaupt, doch wolle man nicht verzeihen, daß das Recht der Vereinigung auch in politischer Hinsicht gewahrt und ausgeübt werden müsse. Der zweite Punkt der Tagesordnung konnte der vorgerückten Zeit wegen vom Referenten nicht eingehend behandelt werden und empfahl Redner allen Maurern die Anschaffung des Protokolls. Alsdann legte Herr Limbach noch in einer kurzen Ansprache der Versammlung die feste Erfüllung der Pflichten eines denkenden Arbeiters an's Herz und schloß unter lautem Beifall mit den Worten: „Nur der verdient die Freiheit und das Leben, der seine Schuldbigkeit gethan, darum Agitation bis in die entlegenste Gänge!“

Sunglau. Am 3. September fand hier eine öffentliche Bauhändlerversammlung statt mit der Tagesordnung: 1. Die Lohnbewegung der Bauhändler. 2. Die Statistik. Als Redner trat auf Herr Lorenz aus Großhain, welcher in sehr eingehender Weise zum ersten Punkte der Tagesordnung sprach und besonders hervorhob, daß die Ursachen der massenhaften Lohnbewegungen nicht auf Willkürlichkeit beruhen oder durch „sozialdemokratische“ Agitatoren erzeugt seien, wie von der gegnerischen Presse und dem Unternehmertum behauptet wird, sondern durch die jetzt herrschenden Verhältnisse zur unausbleiblichen Nothwendigkeit geworden seien, und beim Bestehenbleiben dieser Verhältnisse nur in noch größerem Maßstabe zum Vorschein kommen müßten. Um diesem wirksam entgegen zu treten, müßten sich die Organisationen mehrern und kräftigen, und besonders nothwendig sei es, dahin zu wirken, dem Arbeiter eine gesetzlich garantierte Besserstellung zu erwirken. Redner erwähnte, daß in seiner Heimat ein Pastor ihm gegenüber geäußert habe, die Arbeiter wüßten nicht, was sie noch wollen, es sei für sie doch das Krankenlassen, Unfallversicherungs- und als größtes und Bestes das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz geschaffen. Er (Redner) erklärte sich mit den Grundprinzipien dieser drei Gesetze zwar einverstanden. Bei diesen Worten löste der die Versammlung überwachende Polizeinspektor Rühle die Versammlung auf, nachdem Redner ungefähr 3 Stunden gesprochen. Sunglau war wieder einmündig die „Schuldigkeit“ des Herrn Polizeinspektors gerettet. — Ende August tagte hier eine öffentliche Maurer

versammlung zu dem Zweck, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht angebracht sei, bei der augenblicklich günstigen Bautionssituation eine Vorkaufsanleihe zu erzielen. Es wurde beschlossen, auf sämtliche Baustellen an die Meister heranzutreten. Dann wurde in einer weiteren Versammlung bekannt gegeben, daß die Meister vom 2. September ab 2 1/2 Zuschlag auf die Stunde bewilligen, also statt 25 1/2 fortan 27 1/2 zahlen. Dieses Anerbieten wurde auch von der Versammlung angenommen, weil zur Ausführung weiterer Schritte die Zeit schon zu weit vorgerückt ist. Der angegebene Lohn ist freilich den hiesigen Verhältnissen noch lange nicht entsprechend, denn eine Baue von 3-3 1/2 Monat haben wir jeden Winter zur jetzigen Zeit noch eine gute zu nennen, ist auch bei dem Umstande zuzuschreiben, daß mit der Sonntags- und Ueberstundenarbeit gründlich aufgeräumt worden ist und überhaupt auf die Verkürzung der Arbeitszeit sehr Bedacht genommen wird. Die Meister haben z. B. Alles aufgegeben, zu verhindern, daß Sonnabends nur neun Stunden gearbeitet werde, auch wollten sie Ueberstundenarbeit erzielen und boten eine Lohnzulage von 86 1/2 pro Woche, wenn des Sonnabends auch zehn Stunden gearbeitet würde. Das Anerbieten wurde aber nicht angenommen; wenn man nun bedenkt, daß vor etlichen Jahren hier noch 17-18 1/2 pro Stunde bezahlt wurde, und es Regel war, daß, wenn zur jetzigen Zeit auf einer Baustelle die Arbeit zu Ende war, und die Betreffenden zum Meister kamen, um Anweisung für weitere Arbeit zu erhalten, derselbe sagte: „Ich habe nichts zu thun, geht nur hin, Kartoffeln auspacken“, so muß der Werth der Arbeitszeitverfürzung wohl dem bloßesten Auge klar werden. Wir wollen eben Alles aufbieten, um auch hier unsere Lage zu einer einigermaßen menschenwürdigen zu gestalten.

Krankenkasse.

Friedrich-Schwartz b. Wettn a. d. S. Am 1. ds. M. fand eine öffentliche Maurerversammlung wegen Gründung einer Filiale der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ statt. Kollege Dittmar (Halle) legte den Zweck und Nutzen der freien Hülfskassen in Gegensatz zu den Ortskassen klar. Auch wurden die fünf Dunder'schen Gewerkschaftskassen einer ihnen gebührenden Kritik unterzogen. (Ein Theil der anwesenden Kollegen gehörte bis jetzt der letztgenannten Klasse an.) Darauf erläuterte Kollege Wettn die wichtigsten Paragraphen des Krankenkassenstatuts und gab dem gewählten Vorstande wohlgeleitete Rathschläge zur gewissenhaften Führung der neuen Filiale. Die Vorstandswahl hatte folgendes Ergebnis: G o r g a s, Bevollmächtigter; P e t e r I, Kassirer; P e l z i g, Schriftführer; P l u m e, P e t e r II und S c h l e r, Revisoren. Als dann forderte Kollege Dittmar die Versammlung auf, sich mehr an der Organisation der Maurer Deutschlands zu betheiligen; mit kurzen Worten schilderte derselbe die Thätigkeit der deutschen Maurer zur Verbesserung ihrer Lage und was dieselben infolge ihrer Einigkeit in den letzten Jahren erreicht hätten. Es läge nur an der Theilnahmslosigkeit der Landbewohner, daß der kapitalistischen Ausbeutung nicht besser hätte entgegengetreten werden können. Zum Schluß forderte Kollege W i o t s - d o r f die Versammlung auf, sich recht zahlreich an dem Abonnement auf Arbeiterblätter zu betheiligen, insbesondere auf die Fachblätter zu abonniren, worauf sofort ein Theil der Anwesenden auf das „Bereinsblatt“ und ein anderer Theil auf den „Grundstein“ abonnrte. Mit dem Wunsch, daß die hiesigen Kollegen baldigst wiederzukommen möchten, wurde die Versammlung zu beiderseitiger Zufriedenheit geschlossen.

Eingekandt.

Wenn bisher wenig oder garnichts Genaueres über die gegenwärtige Lage der hiesigen Maurer berichtet worden ist, und die Redaktion des „Grundstein“, wie ich vermuthete, sich auf die Versammlungsberichte anderer Blätter beschränken mußte, so ist dies ein trauriges Zeichen dafür, daß es mit unserer so vielgerühmten Organisation und deren Ertragsleistungen nicht weit her ist. Von letzteren verdient besonders die infolge des großen Maurerstreiks in's Kraut geschossene A l l o r d - a r b e i t hervorgehoben zu werden, deren Folgen sich die Mehrzahl der Kollegen leider wohl nicht vorzustellen vermag, welche sich aber in nicht allzukurzer Zeit recht empfindlich fühlbar machen werden. Gewissen hiesigen „Führern“ sind nun die Kopfschmerzen, welche sie sich immer über die S a m b u r g e r A f f o r d a r b e i t machen, gleich benommen, sie haben somit nicht mehr nöthig, sich über dieselbe zu moquiriren, sie dürften nun vollaus vor ihrer eigenen Thür zu setzen bekommen. Anstatt nun der hier herrschenden Korruption ordentlich zu Leibe zu gehen, gefällt man sich in Spiegel-sehretzen und hält sich ganz weit vom Schuß. Das ist für gewisse Leute auch so am besten, denn es könnte sonst leicht vorkommen, daß, wenn einmal in das Wespenneist gestochen würde, einige der Herren an ihrem persönlichen Einfluß etwas einbüßen könnten, was doch ein großes „Malheur“ wäre. Um sich nun der Außenwelt gegenüber stets in vortheilhaftester Weise zu präsentieren und etwaigen Verdacht von der eigenen Person abzulenken, mußte nach einem Sündenbock gesucht werden, welcher denn auch in der Geschäftsleitung gefunden worden ist. Der Skandal kann also von Neuem losgehen, nachdem er in so gewissenloser Weise von gewissen „Führern“ in Braunschweig und Berlin vom Zaune gebrochen ist. Bedor der hiesige Maurerstreik ordentlich eingestarrt war, machten schon A f f o r d o n n e n t e n die Bauten unsicher; so waren auf einem Bau in der Blücherstraße in einem Tage drei Kolonnen, welche den Parlier D. angingen, die Arbeit in A f f o r d ihnen zu übergeben; da aber von demselben die Bedingung gestellt wurde, zehn Stunden zu arbeiten, zogen die Verweilenden mit langen Gesichtern ab. In Wirklichkeit war es garnicht der Wille des Meisters, in A f f o r d arbeiten zu lassen, daher vielleicht diese Be-

dingungen, welche an sich wohl verwerflich sind; aber um noch viel verwerflicher war das Gebahren der A f f o r d o n n e n t e n. Einen anderen Fall hatte Schreiber zur selben Zeit zu beobachten Gelegenheit. Es handelte sich dabei um einen Bau in der Urbanstraße. Sie kamen als Streikbrecher direkt von der Schmidt'schen Filiale aus der Stallstraße und suchten den Parlier in der nahe gelegenen Kneipe auf, um mit ihm über A f f o r d a r b e i t zu verhandeln. Wenn er noch 50 1/2 darauf legte, also M. 9 für das Tausend Steine zahlte, dann würden sie morgen die Sache abmachen. Die übrigen Kollegen konnten dann so lange streiken, wie sie Lust hatten. Es soll noch der Kneipel'schen Bauten in der Wangelstraße gedacht werden, von denen die besonnenen Kollegen nicht genug zu erzählen wissen, wie wild und wüth bei der A f f o r d a r b e i t es dort hergegangen sein soll. Alle diese Zustände hat sich gewiß Niemand zur Zeit der „großen Begeisterung“ träumen lassen. Da die statistischen Erhebungen augenblicklich in den Versammlungen empfohlen werden, so wäre es auch nicht übel, über solche „Knaumichel“ eine Liste zu führen, um ihnen gelegentlich ihr „Solidaritätsgesühl“ unter die Nase reiben zu können. Nächstens mehr: Ich werde fortan möglichst oft in Einsetzungen an den „Grundstein“ rücksichtslos und ohne Rücksicht auf einzelne Personen wahrheitsgetreu über Vorfälle im hiesigen Maurergewerbe und in der Maurerbewegung berichten.

Aus Kiel.

Folgender Beitrag zu dem Kapitel „Freiheit in Deutschland“ wird von hier aus der Arbeiterpresse zur gefälligen Verwerthung, empfohlen: Auf einer hiesigen Tischlerwerkstätte arbeiteten circa fünf Tischler, wovon einer Sonnabends dann für sich und seine Kollegen abzurechnen und den Lohn in Empfang zu nehmen hat. Nach Feierabend versammelten sie sich in dessen naheliegender Wohnung und nahmen ihren Lohn in Empfang. So waren sie denn auch am vergangenen Sonnabend da versammelt und warteten auf die Frau ihres Kollegen, welche ein größeres Geldstück wechseln ließ, als durch die Hinterhältigkeit der Kriminalbeamten Angerissen und Feigheit (ein dritter stand an der Ecke, wo er beide Ausgänge übersehen konnte) eintrat und von dem Wohnungsinhaber verlangt, seine bei ihm versammelte Gesellschaft zu sehen. Obwohl der Betreffende ebenfalls von seinem Hausrecht hätte Gebrauch machen können, protektirte er nicht, um sich keinem unnötigen Verdacht auszuliefern. Ohne die Erlaubniß abzuwarten, gingen sie auch schon in das Zimmer, wo die vermuthliche staatsgefährliche Gesellschaft saß, und notirten die Anwesenden. Auf die Frage des Zweckes der Versammlung wurde ihnen das schon Erwähnte mitgetheilt. Mittlerweile kam die Frau mit dem umgewechselten Gelde und wollten sich nun die beiden Beamten entfernen, doch nun wurden sie zurückgehalten und mußten auch der Lohnauszahlung beiwohnen. Den anderen Tag wurde noch bei ihrem Meister angefragt, ob sie bei ihm in Arbeit ständen und der Betreffende das Geld auszugeben hätte. Dieses der Sachverhalt. Zu erwähnen ist noch, daß die hiesige Polizei ein besonderes Augenmerk auf die Tischler und ihre starke gewerbliche Vereinigung richtet. Ich will jede weitere Bemerkung zu diesem Vorfalle unterlassen und mag sich jeder Leser ein Bild daraus machen, wie weit wir mit der deutschen Freiheit gekommen sind.

Abrechnung v. Streit d. Maurer u. Steinhauer Nürnberg's und Umgegend. Vom 17. Juni bis 17. August 1889.

E i n n ä h m e.	
Bestand des Generalfonds	M. 98.—
Von d. Geschäftsleitung der deutschen Maurer ..	1600.—
Von den arbeitenden Kollegen	1593.55
Von auswärtigen Gewerkschaften:	
Von den Steinmägern in München	71.—
„ „ „ Regensburg	31.10
„ „ „ Fürtth	19.—
„ „ „ Laß (Baden)	21.50
„ „ „ Bremen	15.—
Durch freiwillige Gaben von München	30.—
Von einem Herrn Baummeister in Fürtth	150.—
Von hiesigen Gewerkschaften:	
Von d. Fachverein d. Maurer u. Steinh. Nürnberg ..	240.50
„ „ „ der Schreiner	30.—
„ „ „ Drechsler	20.—
„ „ „ Schlosser u. Maschinenb.	50.—
Verschiedene Einnahmen	67.25
Ausgenommen als Darlehen	1845.—
Summa der Einnahme M. 5881.90	
A u s g a b e.	
Auf Unterstützung für Streikende	M. 4924.65
Für Reiseunterstützung	667.54
Für Agitation	243.55
Für Telegramme, Briefporto, Druckkosten	31.—
Summa der Ausgabe M. 5866.74	
B i l a n z.	
Einnahme	M. 5881.90
Ausgabe	5866.74
Kassenbestand M. 15.16	
Andreas Rau, Vorsitzender. Georg Virmann, Kassirer.	
Jacob Hoefch, Schriftführer.	
Rebidirt und richtig befunden:	
Georg Hornbach, Ludwig Heßdörfer, Siegmund Gleißner.	

Braunschweig.

Braunschweig, 2. Weßhalb denn anonym? Wir haben diesmal eine Ausnahme gemacht, ersuchen aber für die Zukunft um Unterzeichnung der Berichte mit Namen und Adresse. Frankfurt a. M., 2. Im Laufe der vorigen Woche ist hier kein Bericht von Frankfurt aus eingetroffen. Penig, S. Die Quittungen über gezahlte Abonnementgelder erfolgen regelmäßig im Waite; wir können das an und für sich schon so hohe Konto unserer Porto-

ausgaben nicht noch mehr durch Zusendung von Quittungen auf brieflichem Wege belasten. Um so weniger können wir eine Quittung über den Empfang von 25 1/2 für ein Exemplar des Protokolls freilich erteilen. Berlin, 2. Die Nr. 210 des „Berl. Volksbl.“ stand uns bei Empfang ihres Briefes nicht mehr zu Händen, wir konnten daher den gewünschten Abdruck nicht bringen. Witten, S. Wir erfinden, das Papier nicht querüber, sondern dem Formate gemäß zu beschreiben und einen mindestens 7 cm breiten Rand zur Korrektur freizulassen. Naumburg a. S., P. Ihr Brief kostete uns 20 1/2 Strafporto.

Düsseldorf, P. Der Streit in Bielefeld hat am 9. April begonnen und zirka 2 1/2 Wochen gedauert; derselbe mußte ohne Erfolg beigelegt werden.

Bielefeld, S. Auf Ihre Anfrage berichten wir, daß für das Abonnement auf das zweite Quartal seitens des dortigen Verwalters noch M. 22 restiren.

Mehrere Fragesteller. Betreffend einige Anfragen, ob das Mitglied der Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands, Herr V o r e n z, nicht gewillt sei, auf gewisse Anpassungen im Briefkasten des „Bereinsblatt“ zu antworten, hat uns derselbe ersucht, mitzutheilen, daß er es unter seiner Würde halte, sich mit solchem Wackweiberquart zu befassen.

Barthm, S. Was ein tüchtiger Maurer in unserer Sinne ist, brauchen wir Ihnen wohl nicht zu sagen. Die Herren Innungsmeister und Unternehmer pflegen gewöhnlich die Bezeichnung „tüchtiger Maurer“ auf diejenigen Stellen anzuwenden, welche in erster Linie „hülfs artig“ sind, keine eigene Meinung haben, in Gleichgültigkeit gegen ihre Interessen dahinsinken und insbesondere sich nicht an der gemeinschaftlichen Organisation betheiligen. Wir denken das Gegentheil! Der sachgewerdlich wirklich tüchtige Geselle, der seine Arbeitskraft zu schätzen weiß, wird niemals kriechen vor einem Innungsmeister.

Anzeigen.

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Steinhauer, Gipser und Sattlerere Deutschlands, Grundstein zur Einigkeit. (Eingetr. Hilfskasse Nr. 7. Sitz: Altona.) In der Woche vom 8. bis 14. September sind folgende Beträge eingegangen: Von der örtlichen Verwaltung in Altona M. 400f; Hamburg 1500, Münster 200, Frankfurt a. M. 250, Jüterbog 125, Breslau 300, Bieleburg 250, Hannover 100, Schwerin i. M. 200. Summa M. 3325. Zusatz: erhalten: Die örtliche Verwaltung in Laß i. Baden, M. 50, Linderte 50. Summa M. 100. Altona, den 15. September 1889. K. Reiß, Hauptkassirer, Friedrichsbadstraße Nr. 32, Haus 7.

Zur Beachtung.

Die Maurer Fritz Conrad aus Pöden in Holstein und W. H. Deustern aus Udermünde werden hiermit aufgefordert, ihren Verpflichtungen in Bezug auf Kostgeld und Logis, deren Begleichung sie sich heimlich entgangen haben, nachzukommen. Desgleichen ersuchen wir den Maurer Aug. Baack, welcher sich vor einigen Wochen durch Namensunterschrift verpflichtet hat, die dem Fachverein schuldige Summe im Betrage von M. 37.50 in gewissen Mater abzugeben, sein Verprechen zu erfüllen. Gleichzeitig stellen wir an diejenigen Kollegen in Deutschland, welche den derzeitigen Aufenthaltsort der Genannten kennen, das Gesuch, uns darüber Nachricht zukommen zu lassen. Wilhelmshaven, im September 1889. Der Vorstand des Fachvereins der Maurer. S. M. A. Vaar. Dam Wilhelmshaven, Carlstr. 1.

Aufforderung.

Unterzeichneter fordert hiermit den betreffenden Kollegen, welcher von hier abgereist ist, ohne seinen Verpflichtungen gegen den Verein nachzukommen, auf, bis zum 20. d. M. die Schuld zu begleichen, widrigenfalls sein Name veröffentlicht wird. Warnemünde, 9. September 1889. S c h m i d t, Kassirer. [M. 1.35]

Zur Beachtung.

Diesigen Abonnement des „Grundstein“ am Orte, welche mit ihrem Abonnementsbetrag für das laufende Quartal im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert; im Laufe der nächsten Woche ihren Verpflichtungen nachzukommen. [M. 1.20] Bremen, den 16. September 1889. G. B u s s e.

Fachverein der Maurer Heilens und Umgegend. Generalversammlung am Sonntag, den 6. October, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei Herrn Gastwirth W i g g e. Tagesordnung. 1. Wie ist die Organisation hier? 2. Wahl eines ersten Vorstehenden. 3. Verschiedenes. Um das Erscheinen sämtlicher Kameraden bittet [M. 1.50] Der Vorstand.

Abonnements-Quittung. Für das dritte Quartal 1889: Wilhelmshaven, S., M. 46.20; Naenburg a. Elbe, P., 12.90; Hohnstorf, D., 1.40; Penig, S., 3.—; Breslau, M., 16.20; Steinbeck, P., 35.—; Rostock, R., 63.—; Düsseldorf, P., (Reß) 4.20; Magdeburg, S., 7.50; Gera, L., 4.80; Danzig, S., 6.80; Wienburg, S., 20.70; Warburg, P., 1.—. Für das vierte Quartal 1889: Dresden, S., 4.—; Trauna, M., 2.40. J. Staniing. Verlag von J. Staniing, Hamburg. Druck von J. G. P. Dieß, Hamburg.